

Sonntag, 7. März 2021

# Gemeindeabstimmung



horgen |

Wir unterbreiten Ihnen zur Abstimmung an der Urne:

Seite

1. Gemeindeordnung – Totalrevision – Zustimmung

3

Horgen, 19. Oktober 2020

Gemeinderat Horgen

Theo Leuthold, Gemeindepräsident  
Felix Oberhänsli, Gemeindeschreiber

# 1. Gemeindeordnung – Totalrevision – Zustimmung

---

## Antrag

1. Für die Gemeinde Horgen wird die nachfolgende Gemeindeordnung erlassen. Es werden zwei Anträge (Variantenabstimmung) zum Entscheid unterbreitet:
  - 1.1 Hauptantrag:  
Stimmen Sie der neuen Gemeindeordnung mit Bestimmung des Schulpräsidiums durch den Gemeinderat zu? (Das Präsidium der Schulpflege wird dabei nach der Volkswahl des Gemeinderats im Rahmen der Ressortverteilung durch den Gemeinderat bestimmt.)
  - 1.2 Variantenantrag:  
Stimmen Sie der neuen Gemeindeordnung mit Wahl des Schulpräsidiums direkt durch die Stimmberechtigten zu? (Das Präsidium der Schulpflege wird im Rahmen der Volkswahl des Gemeinderats direkt durch die Stimmberechtigten gewählt.)
  - 1.3 Stichfrage:  
Falls sowohl der Hauptantrag als auch der Variantenantrag angenommen werden: Welche Variante soll in Kraft treten (Hauptantrag oder Variantenantrag)?
2. Die neue Gemeindeordnung tritt – nach der Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Zürich – am 1. Januar 2022 in Kraft und ersetzt die bisherige Gemeindeordnung vom 8. Februar 2009.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, untergeordnete Anpassungen vorzunehmen.

## **Kurzbericht für den eiligen Leser**

Am 1. Januar 2018 ist das neue Gemeindegesetz des Kantons Zürich in Kraft getreten. Durch die Neuerungen entsprechen einzelne Bestimmungen der Horgner Gemeindeordnung nicht mehr dem übergeordneten Recht. Die Gemeindeordnung ist deshalb zu revidieren. Die neuen Gemeindeordnungen müssen per 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt werden. Der Gemeinderat Horgen hat diese Aufgabe zum Legislaturziel in der Amtsperiode 2018/2022 erklärt.

Der Gemeinderat hat sich zu einer Totalrevision der Gemeindeordnung entschlossen, um auch künftig ein zeitgemässes und flexibles Instrument zur Führung der Gemeinde Horgen zu haben.

Im Wesentlichen werden folgende Änderungen vorgeschlagen:

- Umgang mit kommunalen Grundstücken
- Verzicht auf Wohnsitz Horgen bei Friedensrichter
- Durchführung von Orientierungsversammlungen zur Vorstellung von Urnen- und/oder Gemeindeversammlungsgeschäften
- Verankerung des Kinder- und Jugendparlaments
- Wahlverfahren Schulpräsidium
- Erhöhung der Finanzkompetenzen
- Offenlegung der Interessenbindungen
- Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte
- Einführung einer Leitung Bildung verbunden mit einer Reduktion der Anzahl Mitglieder der Schulpflege
- Sozialbehörde übernimmt künftig Strategieaufgaben in ihrem Aufgabengebiet
- Einführung einer Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission; diese hat im Vergleich zur heutigen Rechnungsprüfungskommission umfassendere Kompetenzen
- Verzicht auf die Erwähnung von Bestimmungen zur Pensionskasse

## **Zeitgemässes und modernes Führungsinstrument der Behörden**

Mit der neuen Gemeindeordnung erhält die Gemeinde Horgen ein zeitgemässes, dem übergeordneten Recht entsprechendes Führungsinstrument. Darauf aufbauend können die Behörden und Kommissionen zusammen mit der Verwaltung die politischen Ziele und Aufgaben ressourcenorientiert und effizient umsetzen. Die Behördenämter können weiterhin als Milizämter mit einem vertretbaren Zeitaufwand erfüllt werden.

## **Bericht**

### **Ausgangslage**

Der Gemeinderat hat im Rahmen der Legislaturplanung 2018 bis 2022 die Totalrevision der Gemeindeordnung zum externen Legislaturziel erklärt. Unter dieser Prämisse soll die künftige politische Organisation der Gemeinde Horgen auf Basis eines Mitwirkungsverfahrens festgelegt werden. Die neue Gemeindeordnung (GO) kann in der Folge auf die Amtsperiode 2022 bis 2026 in Kraft gesetzt werden.

Zielsetzung ist eine zukunftsorientierte, bürgernahe und miliztaugliche Organisation. Diese soll die verantwortlichen Behörden und Kommissionen sowie die Verwaltung in die Lage versetzen, die öffentlichen Aufgaben wirkungsvoll erfüllen zu können.

### **Mitwirkungsverfahren am 13. Juni 2019 lanciert**

Mit der Orientierungsversammlung vom 13. Juni 2019 wurde das Mitwirkungsverfahren lanciert und damit der Anfang gemacht. An zwei Veranstaltungen (Runde Tische) vom 20. und 23. November 2019 diskutierten zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer die folgenden vier Themen:

1. Funktion von Gemeindeversammlung, Gemeinderat und Prüfungsorgan (GRPK oder RPK),
2. Schulpflege/Bildung,
3. Fachbehörden/-kommissionen wie z. B. Sozialbehörde oder Baukommission,
4. Mitwirkung, Kommunikation und Finanzkompetenzen.

Zu den einzelnen Themen wurden auf Plakaten konkrete Fragen gestellt. Weiter stand jeweils ein Themenparkplatz zur Verfügung, auf welchem zusätzliche Inputs und Gedanken festgehalten werden konnten.

### **Kein Wechsel von der Gemeindeversammlung zum Parlament**

#### **Keine Gemeindeorganisation mit Parlament als Legislative**

Der Grundsatzentscheid (Einzelnitiative) über die Einführung eines Gemeindeparlaments wurde anlässlich der Urnenabstimmung vom 17. November 2019 bereits vorgängig gefällt. Der Souverän hat die Einführung eines Parlamentsbetriebs mit über 70 % der abgegebenen Stimmen deutlich abgelehnt.

#### **Covid-19 – Fortsetzung Mitwirkungsverfahren in digitalem Format**

Die Projektfortsetzung wurde - bedingt durch die Covid-19-Situation - im Format kurzfristig geändert. Als Alternative wurde eine Onlineumfrage zu den Kernthemen der Gemeindeordnung lanciert. Zwischen dem 12. März und 12. Juni 2020 konnten interessierte Einwohnerinnen und Einwohner den Fragebogen online ausfüllen. Die Revisionsvorlage sowie die Unterlagen zur Vernehmlassung konnten zudem auf der Horgner Website unter

www.horgen.ch/revisioninfo heruntergeladen werden. Die Onlineumfrage haben insgesamt 109 Personen ausgefüllt, wobei sich nicht alle zu allen Fragen geäußert haben. Ausserdem haben 14 Parteien und Interessensvertretungen in schriftlicher Form ihre Überlegungen und Anträge bei der Abteilung Präsidiales eingereicht.

### **Verarbeitung der Rückmeldungen durch den Gemeinderat – Aufgenommene Anliegen**

Der Gemeinderat hat die Rückmeldungen Ende Juni und Anfang Juli 2020 verarbeitet. Dabei hat er aufgrund der Rückmeldungen folgende Änderungen am Revisionsentwurf der Gemeindeordnung vorgenommen. Er hat damit einen gewichtigen Teil der breit abgestützten Anliegen aufgenommen.

#### *Umgang mit kommunalen Grundstücken (Art. 7)*

Es wird neu auf Anregung eine Bestimmung über den Verkauf von kommunalen Grundstücken aufgenommen. Die Gemeinde soll grundsätzlich keine Grundstücke verkaufen. Eine Abgabe im Baurecht mit der Höchstdauer von 99 Jahren soll Priorität haben. In begründeten Ausnahmefällen soll ein Verkauf möglich bleiben.

### **Die Stimmberechtigten entscheiden über das künftige Wahlverfahren des Schulpräsidiums**

#### *Wahl Schulpräsidium (Art. 13, Art. 27 Abs. 1, Art. 29 Ziff. 1, Art. 35 Abs. 2)*

Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass in der Einheitsgemeinde die Zuteilung des Schulpräsidiums im Rahmen der gemeinsamen Konstituierung und Ressortverteilung gemäss Eignung und Neigung vorgenommen werden soll. Dies ermöglicht eine optimale Verteilung der Aufgaben im Gremium, verbunden mit der gemeinsamen Verantwortung und nötigen Flexibilität über die Dauer der Legislatur. Allerdings gab es in der Vernehmlassung das gut vernehmbare Anliegen, das Schulpräsidium weiterhin vom Volk wählen zu lassen. Der Gemeinderat sieht deshalb als Variante zu seinem Hauptantrag die Volkswahl auch des Schulpräsidiums vor. Damit könnten die Stimmberechtigten für das Schulpräsidium wie für das Gemeindepräsidium eine bestimmte Person wählen. Wer sich zur Wahl stellt, wird grundsätzlich als Mitglied des Gemeinderats gewählt und müsste ein anderes Ressort übernehmen, wenn er oder sie die nötigen Stimmen für das Schulpräsidium nicht erreichen würde (dasselbe Prinzip gilt auch für das Gemeindepräsidium). Obwohl in der Beurteilung des Gemeinderats nicht optimal, wäre auch diese Variante mit der vorgegebenen Einheitsgemeinde vereinbar. Der Gemeinderat wird entsprechend diese Frage mit einer Variantenabstimmung an der Urne wie folgt entscheiden lassen:

- Stimmen Sie der neuen Gemeindeordnung mit Bestimmung des Schulpräsidiums durch den Gemeinderat zu? (Das Präsidium der Schulpflege wird dabei nach der Volkswahl des Gemeinderats im Rahmen der Ressortverteilung durch den Gemeinderat bestimmt.);

oder

- Stimmen Sie der neuen Gemeindeordnung mit Wahl des Schulpräsidiums direkt durch die Stimmberechtigten zu? (Das Präsidium der Schulpflege wird im Rahmen der Volkswahl des Gemeinderats direkt von den Stimmberechtigten gewählt, Art. 27, 29 und 35 als Variante beschrieben.).

*Zuständigkeit zum Erwerb und Tausch von Liegenschaften im Finanzvermögen (Art. 22 Ziff. 10, Art. 32 Abs. 2 Ziff. 5)*

Der Gemeinderat passt die Zuständigkeiten zum Erwerb und Tausch von Liegenschaften im Finanzvermögen aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse an. Ab einem Preis von Fr. 5 Mio. soll die Gemeindeversammlung darüber entscheiden. Liegenschaften unter diesem Betrag soll der Gemeinderat selbstständig erwerben oder tauschen können.

*Direktes Antragsrecht der eigenständigen Kommissionen (Art. 34)*

Aufgrund verschiedener Voten in der Vernehmlassung wird das direkte Antragsrecht der eigenständigen Kommissionen, das auch bisher galt, nicht eingeschränkt. Diese Kommissionen lassen ihre Anträge an die Stimmberechtigten (Gemeindeversammlung und Urne) dem Gemeinderat zukommen, der sie an die Stimmberechtigten weiterleiten muss, dazu allerdings seine Abstimmungsempfehlung abgibt.

*Anzahl Mitglieder Sozialbehörde (Art. 43 Abs. 1)*

Die Sozialbehörde soll weiterhin aus sieben Mitgliedern bestehen. Der Gemeinderat entspricht damit dem schon im Mitwirkungsverfahren und wieder in den Vernehmlassungen geäusserten Anliegen: Es soll genügend Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung und zum Engagement in der Gemeinde Horgen geben. Dies gilt gerade auch deshalb, weil die Einführung eines Parlaments an der Urne abgelehnt wurde.

*Aufgaben der Sozialbehörde (Art. 44 Abs. 2 und Art. 45)*

Die Sozialbehörde ist das strategische Führungsorgan in ihrem Aufgabenbereich. Ein grosser Teil der früher von der Sozialbehörde zu entscheidenden Fragen fällt heute weg (wird von der KESB erledigt oder ist von übergeordneten Gesetzen geregelt und darum an die Verwaltung zu delegieren). Die Sozialbehörde will sich künftig vermehrt ihren strategischen Aufgaben widmen. Dies soll in der Gemeindeordnung verankert werden. Ausserdem wird neu in der Gemeindeordnung ausdrücklich aufgeführt, dass die Sozialbehörde in ihrem Aufgabenbereich ausführende und organisatorische Reglemente oder Verordnungen selbst erlassen kann.

*Anzahl Mitglieder Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (Art. 48 Abs. 1)*

Die Rechnungsprüfungskommission selbst ist der Meinung, dass sie auch die neuen Geschäftsprüfungsaufgaben mit sieben Mitgliedern bewältigen kann. Die Mitgliederzahl für die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission wird deshalb bei sieben belassen.

## Die RPK übernimmt neue Aufgaben, erhält umfassendere Kompetenzen und heisst neu RGPK

### *Aufgaben der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (Art. 49)*

Der Gemeinderat entspricht dem Anliegen, der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission umfassendere Kompetenzen einzuräumen, dies u.a. im Gegenzug zu den weitgehend unumstrittenen Erhöhungen von verschiedenen Finanzkompetenzen. Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission soll neu alle Geschäfte an die Stimmberechtigten und die Urne prüfen, nicht nur diejenigen von finanzieller Tragweite. Damit wird sie neben den Kreditanträgen v.a. auch neue Erlasse zu prüfen haben. Sie prüft Anträge umfassend auf Recht- und Zweckmässigkeit.

## Bewährtes soll weiterhin Bestand haben

Der Gemeinderat hat sich auch mit den weiteren Anliegen eingehend befasst. Er hat aber beschlossen, dass der Revisionsentwurf in Bezug auf die folgenden Themen nicht geändert wird:

### *Erweiterung des Nachhaltigkeitsartikels (Art. 5)*

Horgen hat im Gegensatz zu den meisten Zürcher Gemeinden einen Nachhaltigkeitsartikel in der Gemeindeordnung. Dieser betont den Zusammenhang zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten. Diese Bestimmung ist ausgewogen und soll nicht durch ein Ausformulieren einzelner, wenn auch wichtiger Umweltthemen (CO<sub>2</sub>-Verminderung und der Energiestrategie) einseitig verändert werden.

### *Integration und Gleichberechtigung (Art. 6)*

Auch ein solcher Artikel findet sich in vielen Zürcher Gemeindeordnungen nicht; es bestehen dazu übergeordnete Regelungen. Horgen will aber betonen, dass Integration und Gleichberechtigung wichtige Werte sind. Der Artikel soll Bestandteil der GO bleiben.

### *Wählbarkeit des Friedensrichters oder der Friedensrichterin (Art. 8)*

Wenige Vernehmlassungsvoten wünschen, dass dieses Amt nur durch Personen mit Wohnsitz in der Gemeinde ausgeübt werden kann. Für den Gemeinderat ist dies nicht notwendig. Gründe der Unabhängigkeit und die Möglichkeit für allfällige gemeindeübergreifende Aufgabenerfüllung und Stellvertreterregelungen sprechen für einen Verzicht auf die Wohnsitzpflicht in der Gemeinde.

### *Mitwirkungsverfahren (Art. 9)*

Der Entscheid über ein Mitwirkungsverfahren soll weiterhin ausschliesslich beim Gemeinderat liegen. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, wie die Bevölkerung und die Stimmberechtigten in die Entscheidungsfindung in der Gemeinde einbezogen werden können. Diese



Möglichkeiten werden in Horgen genutzt und gelebt. Neu wird auch die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission die Stimmberechtigten umfassend bei der Entscheidungsfindung unterstützen.

#### *Obligatorische Urnenabstimmung (Art. 15)*

In der Vernehmlassung wurden die Erhöhungen der Finanzkompetenzen der verschiedenen Organe generell und von verschiedenen Gruppierungen ausdrücklich begrüsst. Lediglich eine Gruppierung wünschte u.a. Urnenabstimmungen schon ab Ausgaben von Fr. 1 Mio.; ihr Anliegen wird entsprechend nicht berücksichtigt.

#### *Fakultatives Referendum (Art. 16 Abs. 2)*

Nach einer Eingabe sollen die Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis der Angestellten der Gemeinde ebenfalls referendumsfähig sein. Nach Meinung des Gemeinderats genügt es, dass diese Bestimmungen (wie bspw. PVO oder Lohnsumme) an der Gemeindeversammlung diskutiert und beschlossen werden können. Die Eingabe wird nicht berücksichtigt.

#### *Rechtssetzungsbefugnisse (Art. 19 Ziff. 4)*

Ein Votum verlangt, dass nicht nur die Grundzüge und wesentlichen Bemessungskriterien der Gebühren, sondern auch die einzelnen Gebühren durch die Gemeindeversammlung festgesetzt werden. Der Gemeinderat weist darauf hin, dass die gemäss übergeordneter Gesetzgebung notwendige Mitsprache der Stimmberechtigten durch den Erlass der Gebührenverordnung gewährleistet ist (Beschluss der Gemeindeversammlung vom 7. Juni 2018). Die Stimmberechtigten setzen den Gegenstand der Abgabe, den Kreis der Abgabepflichtigen und die Berechnungsweise für die Gebühren fest. Die Umsetzung dieser Vorgaben ist dem Gemeinderat bzw. der Schulpflege zu überlassen.

#### *Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte (Art. 28)*

Diese Aufgabenübertragung ist neu vom Gemeindegesetz vorgesehen und gilt grundsätzlich, auch wenn die Gemeindeordnung keine Bestimmung dazu aufnimmt. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die einzelnen Delegationen stufengerecht erfolgen müssen, was er in seinen ausführenden Erlassen tun wird. Wichtige politische und finanzielle Entscheide wird der Gemeinderat immer selbst fällen. Für die Miliztauglichkeit der Ämter in der Gemeinde ist die Möglichkeit der Aufgabendelegation zudem unabdinglich. Der Entwurf wird diesbezüglich nicht geändert.

#### *Aufgaben des Gemeinderats (Art. 31)*

Einzelne Eingaben beantragen, dass die Gemeindeversammlung weiterhin das Publikationsorgan bestimmt. Die gesamte Publikationslandschaft ist einem starken Wandel unterworfen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass er selbst und auch flexibel entscheiden können muss, welche Publikationsorgane er wählt. Die Stimmberechtigten werden über allfällige neue Publikationsorgane informiert. Was publiziert werden muss, bestimmt nicht der Gemeinderat, sondern das übergeordnete Recht.

Die Entscheide über die Einbürgerungen sollen weiterhin beim Gemeinderat liegen. Neu darf nur noch ein Organ pro Gemeinde für diesen Entscheid zuständig sein. Bei der Erteilung des Bürgerrechts handelt es sich um einen Rechtsanwendungsakt, wie das Bundesgericht in langjähriger Rechtsprechung festgehalten hat. Wer die Einbürgerungsvoraussetzungen des Bundes und des Kantons erfüllt, hat Anspruch auf Erteilung des Bürgerrechts. Die Gemeindeversammlung hätte hier nahezu keinen Entscheidungsspielraum.

#### *Anzahl Mitglieder Schulpflege (Art. 35)*

Die Eingaben zur Anzahl Mitglieder der Schulpflege beantragen zur Hälfte ein Beibehalten der neun Mitglieder, zur Hälfte die Herabsetzung auf sieben Mitglieder. Der Gemeinderat bleibt bei seinem Antrag. Es ist vorgesehen, dass eine Leitung Bildung eingeführt wird. Die Schulpflege kann sich demnach von Aufgaben entlasten. Sieben Mitglieder sollen eine schlankere und auf die strategischen Aufgaben konzentrierte Behörde ermöglichen.

#### *Finanzkompetenzen der Sozialbehörde (Art. 44)*

Ein Votum verlangt auch für die Sozialbehörde höhere Finanzkompetenzen. Der Sozialbehörde selbst genügen ihre Finanzkompetenzen. Die meisten ihrer Ausgaben sind gebunden. Ihre übrigen Aufgaben kann die Sozialbehörde mit den bestehenden Finanzkompetenzen gut erfüllen. Entsprechend wird diese Eingabe nicht berücksichtigt.

#### *Schaffung einer neuen eigenständigen Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie*

Das Anliegen einer Gruppierung ist nach Meinung des Gemeinderats mit den bereits bestehenden und bewährten unterstellten Kommissionen, der Umwelt- und Naturschutzkommission und dem zur Klima- und Energiekommission aufgewerteten Energieausschuss, schon weitgehend abgedeckt. In diesen Kommissionen engagieren sich Fachleute und Freiwillige. Die auch nach Meinung des Gemeinderats wichtigen Themen sind so fachlich gut abgestützt. Eine Umorganisation drängt sich nicht auf.

#### *Unterstellte Kommissionen*

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende wünschen mehr unterstellte Kommissionen. U.a. wird die Einführung einer Kulturkommission bzw. einer Sport-, Freizeit- und Kulturkommission angeregt. Andere Voten warnen davor, dass durch mehr Kommissionen gewisse Aufgaben doppelt bearbeitet werden könnten bzw. insgesamt mehr Aufwand entsteht. Die kulturellen Belange werden heute vom Ressort Präsidiales behandelt. Die Kontakte zu den Vereinen, den Kulturschaffenden und weiteren in diesem Bereich Engagierten werden von diesem Ressort gepflegt. Der Gemeinderat sieht keinen Nutzen in der Schaffung einer zusätzlichen Kommission.

### *Eigene Finanzkompetenzen für die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission*

Zwei Voten regen an, dass die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission über eigene Ausgabenkompetenzen im Rahmen des Budgets verfügen soll. Dies soll ihr ermöglichen, sich administrativ, aber auch fachlich unterstützen zu lassen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dazu keine eigene Kompetenz in der Gemeindeordnung geschaffen werden muss. Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission ist Teil der Legislative. Als solche kann sie einen gewissen Betrag im Budget aufnehmen lassen. Zu vermeiden ist aber, dass es zu einer Häufung von Gutachten und Gegengutachten kommt. Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission ist primär eine Milizkommission, die aus Mitgliedern mit genügend Fachkenntnissen und Kapazitäten zur Erfüllung ihrer Aufgaben bestehen soll. Die Stimmberechtigten wählen diese Mitglieder an der Urne.

## **Positive Vorprüfung durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich**

Die überarbeitete Fassung der neuen Gemeindeordnung wurde dem Gemeindeamt des Kantons Zürich zur Vorprüfung eingereicht. Das Gemeindeamt prüft die Gemeindeordnung auf ihre Rechtmässigkeit, dies im Vorfeld der auf den 7. März 2021 geplanten Urnenabstimmung der Gemeinde Horgen. Mit Datum 8. September 2020 liegt der Vorprüfungsbericht des Gemeindeamts vor, der erfreulicherweise nur ganz wenige Anpassungsvorschläge enthält. Diese sind in die letzte nun vorliegende Fassung eingeflossen.

Die Gemeindeordnung soll am 7. März 2021 den Stimmberechtigten zur Genehmigung unterbreitet werden und per 1. Januar 2022 bzw. in Teilbereichen per 1. Juli 2022 in Kraft treten. Abschliessend muss die an der Urne beschlossene Fassung vom Regierungsrat des Kantons Zürich genehmigt werden.

### **Bei Ablehnung der Vorlage**

Die bisherige Gemeindeordnung entspricht nicht mehr in allen Teilen dem neuen, per 1. Januar 2020 eingeführten Gemeindegesetz. Bei einer Ablehnung der Vorlage müssten einzelne Bestimmungen in Teilrevisionen dem Souverän erneut unterbreitet werden.

### **Antrag/Zusammenfassung**

Der Gemeinderat ist überzeugt, mit dieser neuen Gemeindeordnung eine transparente, zeitgemässe Grundlage zu erhalten, die dem neuen kantonalen Gemeindegesetz entspricht und die Milizarbeit unterstützt. Mit der neuen Gemeindeordnung können die politischen Ziele der Gemeinde erreicht werden und die Gemeinde Horgen kann sich weiterentwickeln.

Der Gemeinderat ersucht die Stimmberechtigten, der vorliegenden Gemeindeordnung zuzustimmen.

Horgen, 19. Oktober 2020

Gemeinderat Horgen

Theo Leuthold, Gemeindepräsident  
Felix Oberhänsli, Gemeindeschreiber

### **Antrag der Rechnungsprüfungskommission**

Wir empfehlen Ihnen, diesem Antrag zuzustimmen.

Horgen, 3. November 2020

Rechnungsprüfungskommission Horgen

Roman S. Gemperle, Präsident  
Uwe Kappeler, Aktuar

# Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Horgen

---

vom 7. März 2021 (Datum der Urnenabstimmung)

## **5. Entwurf vom 25. September 2020 (nach Vorprüfung Gemeindeamt des Kantons Zürich GAZ)**

Erarbeitungsschritte:

- Bericht zur Informationsveranstaltung vom 13. Juni 2019
- Bericht zu den Runden Tischen vom 20. und 23. November 2020
- Protokoll Gemeinderatsklausur vom 10. Januar 2020
- Fotoprotokoll Fortsetzung/Abschluss "Kommissionen und Ausschüsse" vom 20. Januar 2020
- 1. Entwurf vom 13. Februar 2020
- Gemeinderatssitzung vom 24. Februar 2020
- 2. Entwurf vom 29. Februar 2020
- Vernehmlassungsverfahren, verlängert bis 15. Juni 2020
- Gemeinderatssitzung vom 29. Juni 2020 zu den Vernehmlassungsergebnissen, 3. Entwurf
- Gemeinderatssitzung vom 13. Juli 2020 z.H. Vorprüfung durch den Kanton, 4. Entwurf vom 13. Juli 2020
- Vorprüfungsbericht Gemeindeamt Zürich vom 8. September 2020
- Rückmeldung Schulpflege vom 24. September 2020
- Rückmeldung GAZ, Frau Schärer, zu den Übergangsbestimmungen vom 28. September 2020
- Gemeinderatssitzung vom 19. Oktober 2020; Verabschiedung z. H. Urnenabstimmung vom 7. März 2021

## Inhaltsverzeichnis

<b>Gesetzes- und Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>4</b>
<b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>	<b>5</b>
Art. 1 Gemeindeordnung	5
Art. 2 Gemeindeart	5
Art. 3 Festlegung der Bezeichnung für den Gemeindevorstand	5
Art. 4 Funktion der Gemeinde	6
Art. 5 Nachhaltigkeit	6
Art. 6 Integration und Gleichberechtigung	6
Art. 7 Umgang mit kommunalen Grundstücken	7
<b>II. Die Stimmberechtigten</b>	<b>8</b>
<b>1. Politische Rechte</b>	<b>8</b>
Art. 8 Stimm- und Wahlrecht, Wählbarkeit	8
Art. 9 Vernehmlassungs- und Mitwirkungsverfahren sowie Orientierungsversammlungen	9
Art. 10 Gemeindereferendum	10
Art. 11 Jugendparlament	10
<b>2. Urnenwahlen und -abstimmungen</b>	<b>11</b>
Art. 12 Verfahren	11
Art. 13 Urnenwahlen	11
Art. 14 Erneuerungs- und Ersatzwahlen	12
Art. 15 Obligatorische Urnenabstimmung	13
Art. 16 Fakultatives Referendum	15
<b>3. Gemeindeversammlung</b>	<b>16</b>
Art. 17 Einberufung und Verfahren	16
Art. 18 Wahlbefugnisse	17
Art. 19 Rechtssetzungsbefugnisse	17
Art. 20 Planungsbefugnisse	18
Art. 21 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse	18
Art. 22 Finanzbefugnisse	20
<b>III. Gemeindebehörden</b>	<b>23</b>
<b>1. Allgemeine Bestimmungen</b>	<b>23</b>
Art. 23 Geschäftsführung	23
Art. 24 Offenlegung der Interessenbindungen	24

Art. 25	Beratende Kommissionen und Sachverständige	25
Art. 26	Aufgabenübertragung an einzelne Mitglieder oder an Ausschüsse	25
<b>2.</b>	<b>Gemeinderat</b>	<b>26</b>
Art. 27	Zusammensetzung	26
Art. 28	Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte	26
Art. 29	Wahl- und Anstellungsbefugnisse	27
Art. 30	Rechtssetzungsbefugnisse	29
Art. 31	Allgemeine Verwaltungsbefugnisse	30
Art. 32	Finanzbefugnisse	34
<b>3.</b>	<b>Eigenständige Kommissionen</b>	<b>37</b>
Art. 33	Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte	37
Art. 34	Anträge an Gemeindeversammlung und Urne	38
<b>3.1</b>	<b>Schulpflege</b>	<b>38</b>
Art. 35	Zusammensetzung	39
Art. 36	Aufgabe	39
Art. 37	Wahl- und Anstellungsbefugnisse	40
Art. 38	Rechtssetzungsbefugnisse	41
Art. 39	Allgemeine Verwaltungsbefugnisse	42
Art. 40	Finanzbefugnisse	44
Art. 41	Mitberatung an den Sitzungen der Schulpflege	45
Art. 42	Leitung Bildung	46
<b>3.2</b>	<b>Sozialbehörde</b>	<b>48</b>
Art. 43	Zusammensetzung	48
Art. 44	Aufgaben	49
Art. 45	Rechtssetzungsbefugnisse	50
Art. 46	Finanzbefugnisse	50
<b>IV.</b>	<b>Weitere Behörden und Aufgabenträger</b>	<b>51</b>
<b>1.</b>	<b>Unterstellte Kommissionen</b>	<b>51</b>
Art. 47	Unterstellte Kommissionen	51
<b>2.</b>	<b>Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) und Prüfstelle</b>	<b>52</b>
Art. 48	Zusammensetzung	52
Art. 49	Aufgaben	53
Art. 50	Herausgabe von Unterlagen	53
Art. 51	Prüfungsfristen	54
Art. 52	Finanztechnische Prüfstelle	55

<b>3. Wahlbüro</b>	<b>56</b>
Art. 53 Zusammensetzung	56
Art. 54 Aufgaben	56
<b>4. Friedensrichteramt</b>	<b>57</b>
Art. 55 Friedensrichteramt	57
<b>V. Übergangs- und Schlussbestimmungen</b>	<b>61</b>
Art. 56 Inkrafttreten	61
Art. 57 Übergangsregelung	61
Art. 58 Aufhebung früherer Erlasse	62

## Gesetzes- und Abkürzungsverzeichnis

### Gesetzesverzeichnis

<b>BV</b>	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
<b>GG</b>	Gemeindegesetz vom 20. April 2015 (LS 131.1)
<b>GPR</b>	Gesetz über die politischen Rechte vom 1. September 2003 (LS 161)
<b>KV</b>	Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 (LS 101)
<b>PBG</b>	Planungs- und Baugesetz vom 7. September 1975 (LS 700.1)
<b>VGG</b>	Gemeindeverordnung vom 29. Juni 2016
<b>VPR</b>	Verordnung über die politischen Rechte vom 27. Oktober 2004 (LS 161.1)
<b>VSG</b>	Gesetz über die Volksschule vom 7. Februar 2005 (Volksschulgesetz, LS 412.100)
<b>VSV</b>	Volksschulverordnung vom 28. Juni 2006 (LS 412.101)

### Abkürzungsverzeichnis

<b>Abs.</b>	Absatz
<b>Art.</b>	Artikel
<b>Bst.</b>	Buchstabe
<b>f.</b>	folgende
<b>ff.</b>	fortfolgende
<b>GO</b>	Gemeindeordnung
<b>lit.</b>	Litera (Buchstabe)
<b>Ziff.</b>	Ziffer



## I. Allgemeine Bestimmungen

### 1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

#### Art. 1 Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung regelt den Bestand und die Grundzüge der Organisation der politischen Gemeinde sowie die Zuständigkeiten ihrer Organe.

#### Art. 2 Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung regelt den Bestand und die Organisation der Politischen Gemeinde und bestimmt die Befugnisse ihrer Organe.

Die Grundzüge der Kompetenzordnung müssen in der GO geregelt werden (Art. 83–89 KV, §§ 2–5 GG). Die übrige Behörden- und Verwaltungsorganisation der Gemeinde wird in Erlässen geregelt (§§ 44, 45 Abs. 2, 48 Abs. 2, 50 Abs. 2 GG).

In der GO sind die Aufgaben der Gemeinde auf die Organe aufzuteilen. Die Kompetenzen der Stimmberechtigten an der Urne und in der Gemeindeversammlung sowie des Gemeinderats dürfen sich nicht überschneiden.

#### Art. 2 Gemeindeart

<sup>1</sup> Horgen bildet eine politische Gemeinde.

<sup>2</sup> Die politische Gemeinde nimmt die Aufgaben der Volksschule und weitere Aufgaben im Bereich Schule und Bildung wahr.

#### Art. 1 Gemeindeart

<sup>1</sup> Horgen bildet eine Politische Gemeinde.

<sup>2</sup> Die Schulgemeinde ist mit der Politischen Gemeinde vereinigt.

Abs. 1: Der Name der Gemeinde ist einzusetzen (§ 2 Abs. 2 GG).

Abs. 2: In den Bestimmungen über die Schulpflege sind die Aufgaben der politischen Gemeinde im Volksschulbereich detailliert umschrieben.

#### Art. 3 Festlegung der Bezeichnung für den Gemeindevorstand

In der Gemeinde Horgen wird der Gemeindevorstand als Gemeinderat bezeichnet.

Die Kantonsverfassung und das Gemeindegesetz führen für die Gemeindevorsteherchaft den Begriff "Gemeindevorstand" ein. Die GO kann jedoch für den Gemeindevorstand eine andere Bezeichnung festlegen (§ 5 Abs. 2 GG). Die Gemeinde Horgen behält die bisherige Bezeichnung.

Bestimmungen neu	Bestimmungen bisher	Kommentar
<p><b>Art. 4 Funktion der Gemeinde</b></p> <p><sup>1</sup> Die Gemeinde Horgen ist eine öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft des Kantons Zürich. Sie ist im Rahmen des übergeordneten Rechts autonom und hat auf ihrem Gemeindegebiet hoheitliche Rechtssetzungs- und Entscheidungsbefugnisse.</p> <p><sup>2</sup> Die Gemeinde strebt im Rahmen ihrer Kompetenzen optimale wirtschaftliche, finanzielle, gesellschaftliche und kulturelle Rahmenbedingungen an.</p> <p><sup>3</sup> Die Gemeinde erfüllt ihre eigenen und die ihr von Kanton und Bund übertragenen Aufgaben und vertritt ihre Interessen nach aussen.</p>	<p><b>Art. 3 Funktion der Gemeinde</b></p> <p><sup>1</sup> Die Gemeinde Horgen ist eine öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft des Kantons Zürich. Sie ist im Rahmen des übergeordneten Rechts autonom und hat auf ihrem Gemeindegebiet hoheitliche Rechtssetzungs- und Entscheidungsbefugnisse.</p> <p><sup>2</sup> Die Gemeinde strebt im Rahmen ihrer Kompetenzen optimale wirtschaftliche, finanzielle, gesellschaftliche und kulturelle Rahmenbedingungen an.</p> <p><sup>3</sup> Die Gemeinde erfüllt ihre eigenen und die ihr von Kanton und Bund übertragenen Aufgaben und vertritt ihre Interessen nach aussen.</p>	<p>Die Mustergemeindeordnung schlägt keine Artikel wie Art. 4 bis 7 (Art. 3 bis 5 bisher) vor. Die Gemeinde Horgen bekennt sich aber ausdrücklich zu den in diesen Artikeln genannten Grundsätzen und Werten. Die Bestimmungen haben nach wie vor Gültigkeit und sind mit dem übergeordnete Recht kompatibel. Die Artikel werden entsprechend unverändert übernommen.</p>
<p><b>Art. 5 Nachhaltigkeit</b></p> <p>Die Gemeinde strebt in ihrer gesamten Tätigkeit ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten an.</p>	<p><b>Art. 4 Nachhaltigkeit</b></p> <p>Die Gemeinde strebt in ihrer gesamten Tätigkeit ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten an.</p>	<p>Siehe Kommentar zu Art. 4.</p>
<p><b>Art. 6 Integration und Gleichberechtigung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Gemeinde achtet bei ihrer Aufgabenerfüllung auf eine angemessene Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen und bemüht sich um deren Integration und Gleichbehandlung.</p>	<p><b>Art. 5 Integration und Gleichberechtigung</b></p> <p><sup>1</sup> Die Gemeinde achtet bei ihrer Aufgabenerfüllung auf eine angemessene Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen und bemüht sich um deren Integration und Gleichbehandlung.</p>	<p>Siehe Kommentar zu Art. 4.</p>

## Bestimmungen neu

<sup>2</sup> Insbesondere beachtet sie dabei das Diskriminierungsverbot aufgrund der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, generischer Merkmale, der Sprache, der sexuellen Orientierung, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

## Bestimmungen bisher

<sup>2</sup> Insbesondere beachtet sie dabei das Diskriminierungsverbot aufgrund der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, generischer Merkmale, der Sprache, der sexuellen Orientierung, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

## Kommentar

### Art. 7 Umgang mit kommunalen Grundstücken

<sup>1</sup> Die Gemeinde verkauft grundsätzlich keine Grundstücke. Eine Abgabe im Baurecht mit der Höchstdauer von 99 Jahren ist möglich.

<sup>2</sup> Ausnahmsweise dürfen Grundstücke, die auch langfristig für die Gemeinde keine strategische Bedeutung haben und für die Erfüllung öffentlicher Zwecke nicht mehr notwendig sind, verkauft werden. Ein Verkauf darf auch dann erfolgen, wenn dafür ein Realerwerb durch ein mindestens gleichwertiges Grundstück erfolgt. Durch einen Verkauf eines Grundstücks darf keine Beeinträchtigung einer öffentlichen Aufgabe erfolgen.

Diese Bestimmung wurde auf Anregung der SP Horgen aufgenommen und fand im Gemeinderat breite Zustimmung. Soll ein Grundstück verkauft werden, sind Zuständigkeiten gemäss Finanzkompetenzen der einzelnen Organe zu beachten.

## II. Die Stimmberechtigten

### 1. Politische Rechte

#### Art. 8 Stimm- und Wahlrecht, Wählbarkeit

<sup>1</sup> Die Wählbarkeit sowie das Recht, an Wahlen und Abstimmungen der Gemeinde teilzunehmen und Wahlvorschläge einzureichen, richten sich nach der Kantonsverfassung, dem Gesetz über die politischen Rechte und dem Gemeindegesetz.

<sup>2</sup> Für die Wahl in Organe der Gemeinde ist der politische Wohnsitz in der Gemeinde erforderlich. Davon ausgenommen sind die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter, die mit politischem Wohnsitz im Kanton wählbar sind.

<sup>3</sup> Das Initiativrecht richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte, das Anfragerrecht nach dem Gemeindegesetz.

<sup>4</sup> Die Stimmberechtigten üben ihr Stimm- und Wahlrecht an der Gemeindeversammlung und an der Urne aus.

## 2. Kapitel: Die Stimmberechtigten

### 1. Abschnitt: Politische Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten

#### Art. 6 Stimm- und Wahlrecht, Wählbarkeit

<sup>1</sup> Die Wählbarkeit sowie das Recht, an Wahlen und Abstimmungen der Gemeinde teilzunehmen und Wahlvorschläge einzureichen, richten sich nach der Kantonsverfassung, dem Gemeindegesetz und dem Gesetz über die politischen Rechte.

<sup>2</sup> Für sämtliche in der Gemeindeordnung verankerten Kommissions- und Behördenämter ist der politische Wohnsitz in der Gemeinde Horgen erforderlich.

<sup>3</sup> Das Initiativ- und Anfragerrecht richtet sich nach dem Gemeindegesetz.

<sup>4</sup> Die Stimmberechtigten üben ihre Rechte in der Gemeindeversammlung und an der Urne aus.

Abs. 1: Die Bestimmung bezieht sich v.a. auf Art. 22 KV, §§ 2 f. GPR, §§ 14 ff. GG. Die politischen Rechte ausüben kann, wer über das Schweizer Bürgerrecht verfügt, das 18. Altersjahr zurückgelegt hat und in der Gemeinde politischen Wohnsitz hat. Das Recht auf die Einreichung von Wahlvorschlägen ist zu erwähnen, weil in Horgen die Möglichkeit der stillen Wahl vorgesehen ist. Wenn deren Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird mit leeren Wahlzetteln und Beiblatt gewählt.

Abs. 2: Einzig für die Wahl in den Gemeinderat ist der politische Wohnsitz in der Gemeinde von Gesetzes wegen Voraussetzung (§ 23 Abs. 2 GPR). Für die Wahl in andere Organe der Gemeinde muss die Wohnsitzpflicht ausdrücklich geregelt werden, damit sie gilt (§ 23 Abs. 3 GPR bzw. Art. 40 Abs. 1 Satz 2 KV als lex specialis zu Art. 22 KV). In der Gemeinde Horgen soll weiterhin generell die Wohnsitzpflicht in der Gemeinde gelten (Ausnahme: Friedensrichter bzw. Friedensrichterin).  
Abs. 3: Art. 86 KV, §§ 146 ff. GPR (Initiativrecht), § 17 GG (Anfragerrecht).

Abs. 4: Diese Bestimmung wird präzisiert, weil sie bisher zu eng formuliert war. Die Stimmberechtigten haben zusätzlich das Initiativrecht sowie gewisse Rechte im Vernehmlassungs- und Mitwirkungsverfahren und betreffend Gemeinderreferendum.

### Art. 9 Vernehmlassungs- und Mitwirkungsverfahren sowie Orientierungsversammlungen

<sup>1</sup> Die von einer geplanten Massnahme Betroffenen haben bei der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung die Möglichkeit zur Anregung von und zur Teilnahme an Vernehmlassungen und Mitwirkungsverfahren.

<sup>2</sup> Bei wichtigen politischen Angelegenheiten oder Vorlagen geben die Gemeindebehörden der Horgner Bevölkerung sowie den relevanten Interessenvertretungen die Gelegenheit, sich im Rahmen eines schriftlichen Vernehmlassungsverfahrens oder im Rahmen eines öffentlichen Mitwirkungsverfahrens dazu zu äussern.

<sup>3</sup> Der Entscheid über die Durchführung einer Vernehmlassung oder eines öffentlichen Mitwirkungsverfahrens liegt beim Gemeinderat. Wird eine entsprechende Anregung von diesem abgelehnt, so ist der Entscheid zu begründen.

### Art. 7 Vernehmlassungs- und Mitwirkungsverfahren

<sup>1</sup> Die von einer geplanten Massnahme Betroffenen haben bei der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung die Möglichkeit zur Anregung von und zur Teilnahme an Vernehmlassungen und Mitwirkungsverfahren.

<sup>2</sup> Bei wichtigen politischen Angelegenheiten oder Vorlagen geben die Gemeindebehörden der Horgner Bevölkerung sowie den relevanten Interessenvertretungen die Gelegenheit, sich im Rahmen eines schriftlichen Vernehmlassungsverfahrens oder im Rahmen eines öffentlichen Mitwirkungsverfahrens dazu zu äussern.

<sup>3</sup> Der Entscheid über die Durchführung einer Vernehmlassung oder eines öffentlichen Mitwirkungsverfahrens liegt beim Gemeinderat. Wird eine entsprechende Anregung von diesem abgelehnt, so ist der Entscheid zu begründen.

Abs. 1 bis 3: Sowohl an der Informationsveranstaltung vom 13. Juni 2019 als auch an den Runden Tischen vom 20. und 23. November wurde die Beibehaltung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung ausserhalb von Gemeindeversammlungen und Urnen klar gewünscht. Diese Mitwirkungsmöglichkeiten werden deshalb in der neuen GO übernommen.

Abs. 4: Uneins waren sich die Anwesenden dagegen, ob bei Urnenabstimmungen sogenannte vorbereitende Gemeindeversammlungen eingeführt werden sollten. Dazu ist festzuhalten: Wenn diese eingeführt würden, wären sie eine Pflicht und müssten vor jeder Urnenabstimmung stattfinden (ausser es gehe um die Abstimmung über Initiativen). Die vorbereitende Gemeindeversammlung hat eine Abstimmungsempfehlung zu beschliessen (§ 16 Abs. 2 GG). Ändert sie die Vorlage, so kann neu der Gemeinderat den Stimmberechtigten anlässlich der Urnenabstimmung auch die ursprüngliche Vorlage unterbreiten (§ 16 Abs. 2 GG). Es kommt dann zu einer Variantenabstimmung. Dieses Vor-

## Bestimmungen neu

- 4 Vor Urnenabstimmungen oder beim Start eines Vernehmlassungsverfahrens kann der Gemeinderat Orientierungsversammlungen durchführen, an welchen die Vorlage vorgestellt wird und Fragen dazu gestellt werden können.

## Bestimmungen bisher

gehen ist sehr zeit- und ressourcenaufwändig. Statt obligatorischer vorbereitender Gemeindeversammlungen ist es sinnvoller, Orientierungsversammlungen durchzuführen.

## Kommentar

### Art. 10 Gemeinderreferendum

Wird mit einer von mindestens 100 Stimmberechtigten unterzeichneten Petition zu einer Vorlage des Kantons die Ergreifung oder Unterstützung des Gemeinderferendums verlangt, so muss der Gemeinderat das Begehren prüfen und rechtzeitig darüber entscheiden, so dass die gesetzliche Frist zum Einreichen des Referendumsbegehrens gewahrt werden kann. Der ablehnende Entscheid ist zu begründen.

### Art. 8 Gemeinderreferendum

<sup>1</sup> Wird mit einer von mindestens 100 Stimmberechtigten unterzeichneten Petition zu einer Vorlage des Kantons die Ergreifung oder Unterstützung des Gemeinderferendums verlangt, so muss der Gemeinderat das Begehren prüfen und darüber innerhalb der gesetzlichen Frist von 60 Tagen entscheiden. Der Entscheid ist zu begründen.

Diese Art der Mitwirkung soll in der Gemeinde Horgen weiterhin möglich sein. Der Entscheid über die Ergreifung oder die Unterstützung des Gemeinderferendums liegt aber beim Gemeinderat (§ 33 Abs. 4 KV und Art. 31 Abs. 2 Ziff. 6).

### Art. 11 Jugendparlament

<sup>1</sup> In der Gemeinde Horgen kann ein Kinder- und Jugendparlament geführt werden, welchem folgende Befugnisse eingeräumt werden:

1. Recht auf Anhörung durch die Gemeindeversammlung;
2. Recht, dem Gemeinderat Anfragen einzureichen.
- <sup>2</sup> Die Organisation wird in einem Gemeinderlass geregelt.

In der Gemeinde Horgen besteht seit Jahren ein Kinder- und Jugendparlament. Mit Art. 11 erhält es die gemäss § 37 GG notwendige Rechtsgrundlage. Das Kinder- und Jugendparlament fördert den Einstieg in die Politik und gibt jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Anliegen und Ansichten den offiziellen Organen ihrer Gemeinde vorzutragen und damit u.U. etwas zu bewirken. Die Aufzählung der Rechte entspricht denjenigen, die in § 37 GG enthalten sind.

Abs. 2: Der Gemeindeerlass, welcher von der Gemeindeversammlung zu beschliessen ist, legt u.a. die Mindestzahl der Mitglieder, die Zusammensetzung inkl. Wohnsitzpflicht, die Beschlussfähigkeit und wesentliche Verfahrensvorschriften fest.

## 2. Urnenwahlen und -abstimmungen

### Art. 12 Verfahren

- <sup>1</sup> Der Gemeinderat ist wahlleitende Behörde. Er setzt die Wahl- und Abstimmungstage fest.
- <sup>2</sup> Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte.
- <sup>3</sup> Die Durchführung der Urnenwahlen und -abstimmungen ist Aufgabe des Wahlbüros.

## 2. Abschnitt: Urnenwahlen und Abstimmungen

### Art. 9 Verfahren

- <sup>1</sup> Der Gemeinderat ist wahlleitende Behörde. Er setzt die Wahl- und Abstimmungstage fest.
- <sup>2</sup> Das Verfahren richtet sich nach dem Gemeindegesetz und dem Gesetz über die politischen Rechte.
- <sup>3</sup> Die Durchführung der Urnenwahlen und -abstimmungen ist Sache des Wahlbüros.

Abs. 1: Die Festsetzung der Wahl- und Abstimmungstage erfolgt nach §§ 57 ff. GPR.

Abs. 2: Angesprochen sind z.B. Bestimmungen über die Abstimmungsorganisation, die Anordnung der Abstimmung, die Abstimmungsunterlagen, die Stimmabgabe, die Auswertung der Stimmzettel, die Ermittlung des Ergebnisses, der Abschluss der Abstimmung und die Mehrfachabstimmungen, Varianten-, Teil- und Grundsatzabstimmungen. Dies bedarf keiner Regelung in der GO.

### Art. 13 Urnenwahlen

An der Urne werden auf die gesetzliche Amtsdauer gewählt:

1. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder des Gemeinderats,
2. die Mitglieder der Schulpflege,
3. die Mitglieder der Sozialbehörde,

### Art. 10 Urnenwahlen

Die Stimmberechtigten wählen auf die gesetzliche Amtsdauer durch die Urne:

1. die Mitglieder und das Präsidium des Gemeinderats
2. die Mitglieder der Sozialbehörde, ausgenommen das Präsidium

Die Schulpräsidentin bzw. der Schulpräsident ist von Amtes wegen Mitglied des Gemeinderats (§ 55 Abs. 2 GG). Das Gemeindegesetz bietet den Gemeinden für die Wahl der Schulpräsidentin bzw. des Schulpräsidenten drei Möglichkeiten. Neu soll in der Gemeinde Horgen nach Meinung des Gemeinderats die Variante Schulpräsidentin/der Schulpräsident nicht von den Stimmberechtigten gewählt werden.

Bestimmungen neu	Bestimmungen bisher	Kommentar
<p>4. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission,</p> <p>5. die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter.</p> <p><b>[Variante für Art. 13 Ziff. 1</b> An der Urne werden auf die gesetzliche Amtsdauer gewählt:</p> <p>1. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder des Gemeinderats, wobei die Stimmberechtigten im Rahmen der Wahl der Mitglieder des Gemeinderats auch die Schulpräsidentin bzw. den Schulpräsidenten wählen,]</p>	<p>3. die Mitglieder und das Präsidium der Schulpflege, das von Amtes wegen Mitglied des Gemeinderates ist</p> <p>4. die Mitglieder und das Präsidium der Rechnungsprüfungskommission</p> <p>5. die Friedensrichterin oder den Friedensrichter.</p>	<p>tigten speziell gewählt, sondern vom Gemeinderat aus seiner Mitte bestimmt wird (§ 55 Abs. 2 Satz 2 erster Teilsatz GG). Die Gemeindeordnung muss sich zur Wahl des Schulpräsidiums äussern.</p> <p>Im Rahmen der Vernehmlassung wurde breit von verschiedenen Parteien und Gruppierungen die Volkswahl des Schulpräsidenten/der Schulpräsidentin verlangt. Diesem Anliegen will der Gemeinderat entgegenkommen und stellt die Volkswahl der Schulpräsidentin/des Schulpräsidenten im Rahmen der Gemeinderatswahl als Variante ebenfalls zur Abstimmung. Mit dieser Variante würden die Grundsätze der Einheitsgemeinde ebenfalls (noch) gewahrt.</p> <p>Der Gemeinderat muss die von ihm bevorzugte Variante bezeichnen (§ 12 Abs. 2 GG).</p> <p>Ziff. 4: § 40 lit. a Ziff. 4 GPR.</p> <p>Ziff. 5: § 40 lit. a Ziff. 5 GPR.</p>

#### Art. 14 Erneuerungs- und Ersatzwahlen

Für die Erneuerungs- und Ersatzwahlen der an der Urne gemäss Art. 13 zu wählenden Gemeindeorgane gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die stille Wahl. Sind die Voraussetzungen für die stille Wahl nicht erfüllt, werden leere Wahlzettel verwendet. Den Wahlunterlagen wird in diesem Fall nach Möglichkeit ein Beiblatt beigelegt.

#### Art. 11 Erneuerungs- und Ersatzwahlen

<sup>1</sup> Für die Erneuerungs- und Ersatzwahlen der an der Urne gemäss Art. 10 zu wählenden Gemeindeorgane gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die stille Wahl. Sind die Voraussetzungen für die stille Wahl nicht erfüllt, werden leere Wahlzettel verwendet.

In der Gemeinde Horgen gilt wie bisher die stille Wahl und subsidiär die Wahl mit leeren Wahlzetteln (§§ 48–54 GPR). Damit den Stimmberechtigten die Namen und weitere notwendige Angaben der Personen, die sich zur Wahl stellen, bekannt sind, wird – wenn zeitlich noch möglich – ein Beiblatt beigelegt.



<sup>2</sup> Der Gemeinderat teilt den Wahlberechtigten in den Wahlunterlagen mit, welche Personen innerhalb der vom Gemeinderat veröffentlichten Frist zur Wahl vorgeschlagen worden sind.

### Art. 15 Obligatorische Urnenabstimmung

Der Urnenabstimmung sind zu unterbreiten:

1. der Erlass und die Änderung der Gemeindeordnung,
2. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 5'000'000 und von neuen wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 750'000,
3. Ausgliederungen von erheblicher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die von grosser politischer oder finanzieller Tragweite sind,
4. der Abschluss und die Änderung von Verträgen über die Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbands, einer gemeinsamen Anstalt oder einer juristischen Person des Privatrechts,
5. der Abschluss und die Änderung von Abschluss- und Zusammenarbeitsverträgen, wenn die Gemeinde hoheitliche Befugnisse abgibt oder die damit zusammenhängenden neuen Ausgaben an der Urne zu beschliessen sind,

### Art. 12 Obligatorische Urnenabstimmung

<sup>1</sup> Die Stimmberechtigten entscheiden an der Urne über den Erlass und die Änderung der Gemeindeordnung.

<sup>2</sup> Ferner entscheiden die Stimmberechtigten an der Urne über folgende finanziellen Vorlagen:

- |   |                   |
|---|-------------------|
| Vorlage   | Betrag in Franken |
| 1. Neue einmalige Ausgaben  | > 2'000'000       |
| 2. Erhöhung bereits bewilligter, einmaliger Ausgaben  | > 2'000'000       |
| 3. Neue jährlich wiederkehrende Ausgaben  | > 300'000         |
| 4. Erhöhung bereits bewilligter, jährlich wiederkehrender Ausgaben, ausgenommen für Besoldungen | > 300'000         |
| 5. Übertragung von Werten aus dem Finanz- in das Verwaltungsvermögen                            | > 2'000'000       |
| 6. Eingehen von Bürgschaften und das Leisten von Kautionen                                      | > 2'000'000       |
| 7. Finanzielle Beteiligung an Unternehmen Dritter   | > 2'000'000       |

Ziff. 1: Sowohl Total- als auch Teilrevisionen der GO sind von den Stimmberechtigten an der Urne zu beschliessen (Art. 89 Abs. 2 KV).  
Ziff. 2: Art. 86 Abs. 2 lit. a KV verpflichtet die Gemeinden, in der GO einen Betrag für neue Ausgaben festzulegen, oberhalb dessen die Stimmberechtigten an der Urne entscheiden. Die Stimmberechtigten sollen über alle Vorlagen von erheblicher finanzieller Bedeutung an der Urne entscheiden (§ 107 Abs. 3 GG). Der Verzicht auf eine Einnahme (Einnahmeausfall) ist wie eine Ausgabe zu behandeln. Reicht der Verpflichtungskredit nicht aus und stellen die zusätzlich anfallenden Ausgaben neue Ausgaben dar, müssen diese mit einem Zusatzkredit bewilligt werden. Für den Zusatzkredit gelten grundsätzlich die gleichen Zuständigkeitslimiten wie für den Verpflichtungskredit (vgl. § 109 Abs. 1 GG), d.h. die unter Ziff. 2 eingesetzten Beträge. Die Zusatzkredite waren auch bisher gleich hoch ("Erhöhung bereits bewilligter Ausgaben") und müssen deshalb nicht mehr speziell geregelt werden.

## Bestimmungen neu

6. Verträge über den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden,
7. Verträge über Gebietsänderungen von erheblicher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die eine Fläche oder Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Gemeinde wesentlich sind,
8. Initiativen mit Begehren, die der Urnenabstimmung unterstehen.

## Bestimmungen bisher

8. Gewährung von Darlehen an öffentliche Institutionen und private Organisationen  
> 2'000'000
9. Gewährung von Darlehen als Geldanlage der Gemeinde  
> 5'000'000
10. Neue einmalige Ausgaben für den Ausbau und den Unterhalt der über Gebühren finanzierten Werke Strom, Gas, Wasser, Fernwärme und Abwasser sowie von öffentlichen Gewässern  
> 2'000'000
11. Erneuerung von Gemeindestrassen, sofern dies die Folge von Ausbau und Unterhalt der genannten Werkträger ist  
> 2'000'000

## Kommentar

Ziff. 3: Der Beschluss sowie jede Änderung eines Ausgliederungserlasses sind der Urnenabstimmung zu unterbreiten, falls die Ausgliederung von erheblicher Bedeutung ist (§ 69 Abs. 1 GG). Dies gilt insbesondere, wenn grosse Vermögenswerte übertragen werden oder das Erbringen von Leistungen ausgedeutet wird, welche für einen grossen Kreis von Personen unentbehrlich sind (z.B. Versorgungs- und Versorgungsaufgaben, Elektrizitätswerk, weitere Werke). Ob im konkreten Fall eine erhebliche Ausgliederung vorliegt, ist auch abhängig von der Grösse und Finanzstärke einer Gemeinde.

Ziff. 4: Die Abstimmung über den Erlass und nachfolgende Änderungen von Zweckverbandsstatuten müssen neu zwingend in sämtlichen Gemeinden an der Urne erfolgen (§ 79 GG) und nicht wie bisher in der Gemeindeversammlung. Das gilt auch für die Abstimmung über die Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit in Form einer juristischen Person des Privatrechts (z.B. AG, Verein, GmbH). Die Rechtsgrundlagen müssen vom Regierungsrat genehmigt werden (§ 80 GG).

Ziff. 5: Überträgt die Gemeinde hoheitliche Befugnisse, unterliegt der Vertrag der Urnenabstimmung, unabhängig davon, wie hoch die neuen Ausgaben sind, die er verursacht (§ 78 Abs. 1 lit. a GG). Eine Gemeinde gibt z.B. hoheitliche Befugnisse ab, wenn sie einem anderen erlaubt, Rechtssätze zu erlassen, bzw. wenn der Einzelne in einem Unter-

ordnungsverhältnis zur Gemeinde steht und diese einseitig in die Rechte des Einzelnen eingreift (z.B. polizeilicher Eingriff, Gebührenverfügung).

Ziff. 6: Zusammenschlüsse mit anderen Gemeinden bedürfen zwingend der Urnenabstimmung (Art. 84 Abs. 1 und 3 KV, § 153 GG).

Ziff. 7: Von erheblicher Bedeutung sind Gebietsänderungen insbesondere, wenn sie die Fläche einer Gemeinde in grossem Umfang verändern, für die Zukunft der Gemeinde erhebliche politische, finanzielle und gesellschaftliche Auswirkungen haben oder die Identität der Gemeinde berühren. Neben der Fläche ist die Bevölkerungszahl ein entscheidendes Kriterium. Es gilt § 162 GG.

Ziff. 8: Betrifft eine Einzelinitiative einen Gegenstand, welcher der Urnenabstimmung untersteht, bringt der Gemeinderat die Initiative zur Abstimmung an der Urne (§ 152 Abs. 1 GPR).

### Art. 16 Fakultatives Referendum

<sup>1</sup> In der Gemeindeversammlung kann ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten verlangen, dass über einen Beschluss nachträglich an der Urne abgestimmt wird.

<sup>2</sup> Ausgenommen sind Geschäfte, die durch das übergeordnete Recht von der Urnenabstimmung ausgeschlossen sind, insbesondere die Festsetzung des Budgets

### Art. 13 Nachträgliche Urnenabstimmung

<sup>1</sup> Ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten kann in der Gemeindeversammlung verlangen, dass über einen Beschluss nachträglich an der Urne abgestimmt wird.

<sup>2</sup> Ausgenommen sind Geschäfte, die durch das übergeordnete Recht von der Urnenabstimmung ausgeschlossen sind, sowie der Erlass und die Änderung der Personalverordnung.

Abs. 1: Ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten kann beschliessen, dass über ein Geschäft, über das in der Gemeindeversammlung abgestimmt wurde, nachträglich eine Urnenabstimmung erfolgen soll (Art. 86 Abs. 3 KV, § 157 Abs. 2 GPR).

Abs. 2: Aufgezählt werden Geschäfte, welche nicht der Urnenabstimmung unterstellt werden können.

### Bestimmungen neu

und Steuerfusses, die Genehmigung der Rechnungen, Wahlen in der Gemeindeversammlung, Verfahrensentscheide bei der Behandlung von Initiativen sowie der Erlass und die Änderung der grundlegenden Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis der Gemeindegestellten und die Schaffung neuer Stellen.

### Bestimmungen bisher

### Kommentar

#### 3. Gemeindeversammlung

#### 3. Abschnitt: Gemeindeversammlung

##### Art. 17 Einberufung und Verfahren

Für die Einberufung, den Beleuchtenden Bericht und die Geschäftsbehandlung gelten die Vorschriften des Gemeindegesetzes.

##### Art. 14 Einberufung und Verfahren

Für die Einberufung, die Aktenauflage und die Geschäftsbehandlung gelten die Vorschriften des Gemeindegesetzes.

§§ 14 ff. GG. Die Versammlung ist mindestens vier Wochen vorher unter Bezeichnung der Beratungsgegenstände öffentlich bekannt zu geben. In dringenden Fällen kann die Frist bis auf zwei Wochen verkürzt werden. Der Gemeinderat hat einen Beleuchtenden Bericht zu erstellen, der den Stimmberechtigten spätestens zwei Wochen vor der Gemeindeversammlung zur Verfügung stehen muss. Varianten-, Teil- und Grundsatzabstimmungen werden in § 12 GG geregelt und bedürfen keiner weiteren Regelung in der GO.

**Art. 18 Wahlbefugnisse**

Die Gemeindeversammlung wählt offen die Stimmzählenden in der Gemeindeversammlung.

In der Gemeindeversammlung werden die Stimmzählenden (§ 21 GG) gewählt. Gemeine Wahlen in der Gemeindeversammlung sind neu nicht mehr möglich.

**Art. 19 Rechtssetzungsbefugnisse**

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für den Erlass und die Änderung von wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere die grundlegenden Bestimmungen über:

1. das Arbeitsverhältnis der Gemeindeangestellten,
2. die Entschädigung von Behördenmitgliedern,
3. das Polizeirecht,
4. die Grundzüge der Gebührenerhebung, d.h. insbesondere über die Art und den Gegenstand der Gebühr, die Grundsätze der Bemessung und den Kreis der abgabepflichtigen Personen.

**Art. 16 Rechtssetzungsbefugnisse**

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für den Erlass und die Änderung:

1. der Personalverordnung
2. der Polizeiverordnung
3. der Grundsätze der Gebührenerhebung
4. von weiteren Verordnungen und Reglementen von grundlegender Bedeutung
5. der Grundsätze der Finanzierung der Pensionskasse.

Wichtige Rechtssätze sind von der Gemeindeversammlung in einem Gemeinderat zu beschliessen. Für die Umschreibung der Wichtigkeit einer Rechtsnorm sind insbesondere die Intensität des Eingriffs, die Zahl der von einer Regelung Betroffenen, die finanzielle Bedeutung und die Akzeptierbarkeit massgebend.

Ziff. 2: Behördenmitglieder sind keine Gemeindegestellten und fallen daher nicht unter Ziff. 1. Die Behörde kann ihre Entscheidung (z.B. Sitzungsgelder) nicht selbst regeln; dies muss in einem Gemeinderat erfolgen (Gewaltenthemmung).

Ziff. 3: Kommunale Regelungen sind nur soweit notwendig, als das Polizeigesetz, das auch für die Gemeinden gilt (§ 2 Abs. 1 Polizeiorrganisationsgesetz), keine Regelungen enthält.

Ziff. 4: Die Gemeinden müssen in einem Gemeinderat die Grundzüge der Gebührenerhebung regeln. Dabei ist für jede Gebühr der Gemeinde der Gegenstand der Abgabe (z.B. Dienstleistung, die die Abgabe auslöst), der Kreis der Abgabepflichtigen (Subjekt,

Person, welche abgabepflichtig wird) und die Höhe der Abgabe in den Grundzügen festzulegen. Die Gemeinde Horgen hat 2018 eine rechtsgenügende Gebührenverordnung erlassen.

Ziff. 5. bisher: Die Regelung der Pensionskassen Horgen wird aus der Gemeindeordnung herausgelöst (vgl. Kommentar zu Art. 53a–f bisher).

#### Art. 20 Planungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für die Festsetzung und die Änderung:

1. der kommunalen Richtpläne,
2. der Bau- und Zonenordnung,
3. des Erschliessungsplans,
4. von Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplänen, soweit das Planungs- und Baugesetz keine anderen Zuständigkeiten vorsieht.

#### Art. 17 Planungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für die Festlegung und die Änderung:

1. der kommunalen Richtpläne
2. der Bau- und Zonenordnung
3. des Erschliessungsplans
4. von Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplänen, soweit die Gemeindeversammlung dafür zuständig ist.

Ziff. 4 (Präzisierung): Nach dem Gesetzeswortlaut der §§ 84 ff. PBG (insbesondere §§ 86, 88 PBG) ist bei privaten Gestaltungsplänen (im Gegensatz zu öffentlichen Gestaltungsplänen) die Gemeindeversammlung einzig für die Zustimmung (bzw. Ablehnung) zu dem von den privaten Grundeigentümern erarbeiteten Plan zuständig, nicht aber für deren Festsetzung oder Änderung. Überschreiten private Gestaltungspläne den für Arealüberbauungen im fraglichen Gebiet geltenden Rahmen nicht, genügt die Zustimmung des Gemeinderats (§ 86 PBG).

#### Art. 21 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

1. die politische Kontrolle über Behörden, Verwaltung und die weiteren Träger öffentlicher Aufgaben,
2. die Behandlung von Anfragen und die Abstimmung über Initiativen über Gegen-

#### Art. 18 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

1. die Oberaufsicht über die gesamte Gemeindeverwaltung

Ziff. 1: Gemeint ist die politische Oberaufsicht (§ 15 Abs. 2 GG).

Ziff. 2: § 17 GG (Anfragen), §§ 146 ff., 151 GPR (Initiativen).

## Bestimmungen neu

- stände, die nicht der Urnenabstimmung unterliegen,
3. Ausgliederungen von nicht erheblicher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die nicht von grosser politischer oder finanzieller Tragweite sind,
4. den Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Gemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt,
5. die Schaffung neuer Stellen, soweit dafür nicht ein anderes Organ oder der Kanton zuständig ist,
6. Verträge zu Gebietsänderungen, die bebautes Gebiet betreffen und nicht von erheblicher Bedeutung sind, d.h. insbesondere solche, die nicht eine Fläche oder eine Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Gemeinde wesentlich sind,
7. die Errichtung von Eigenwirtschaftsbetrieben, soweit keine Verpflichtung durch übergeordnetes Recht besteht.

## Bestimmungen bisher

2. die Beantwortung von Anfragen und die Behandlung von Initiativen, letztere unter dem Vorbehalt der Abstimmung an der Urne gemäss Art. 9 GG
3. die Genehmigung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen mit anderen Gemeinden über die gemeinsame Durchführung von Aufgaben und deren Änderungen, sofern damit die Übertragung von hoheitlichen Befugnissen verbunden ist; in den übrigen Fällen ist die Gemeindeversammlung zuständig, wenn damit Ausgaben verbunden sind, welche die Finanzkompetenz des Gemeinderats übersteigen
4. den Beitritt bzw. den Austritt zu bzw. aus Zweckverbänden, die Zustimmung zu neuen oder zu ändernden Statuten und Verträgen von Stiftungen oder anderen Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts
5. die Übernahme neuer Aufgaben und die Bestimmung der zuständigen Organe, sofern damit Ausgaben verbunden sind, welche die Finanzkompetenz des Gemeinderats übersteigen
6. die Bestimmung der amtlichen Publikationsorgane.

## Kommentar

- Ziff. 3: Auch eine Ausgliederung von nicht erheblicher Bedeutung braucht eine formellsatzliche Grundlage. Die Stimmberechtigten müssen in der Gemeindeversammlung einen Gemeinderat beschliessen, der den Anforderungen von § 68 GG zu genügen hat.
- Ziff. 4: Werden keine hoheitlichen Befugnisse übertragen und bewirkt der Vertrag Ausgaben in der Finanzkompetenz der Gemeindeversammlung, ist sie zuständig.
- Ziff. 5: Gemäss Gemeindeamt muss diese Ziffer aufgenommen werden. Sie dient immerhin der Klarheit, dass an der Urne nicht über die Stellenschaffung entschieden wird – über die Ausgaben für neue Aufgaben aber schon, wenn diese die Finanzkompetenzen der Gemeindeversammlung übersteigen.
- Ziff. 7: Dies ist gemäss § 88 Abs. 2 lit. b GG zwingend.
- Ziff. 5 bisher: Das Gemeindegesetz stellt für die Übernahme einer neuen Aufgabe grundsätzlich auf die damit notwendig werdenden neuen Ausgaben ab. Zuständig für den Entscheid über die Übernahme der neuen Aufgabe ist somit dasjenige Organ, das über die erforderlichen Finanzkompetenzen verfügt.
- Ziff. 6 bisher: Der Gemeinderat soll neu zur Bestimmung des amtlichen Publikationsorgans zuständig sein (vgl. Art. 31 Abs. 2, Ziff. 5).

## Bestimmungen neu

**Art. 22 Finanzbefugnisse**

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

1. die Festsetzung des Budgets,
2. die Festsetzung des Gemeindesteuersfusses,
3. die Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabensplans,
4. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 5'000'000 für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 750'000 für einen bestimmten Zweck, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist,
5. die Genehmigung der Jahresrechnungen,
6. die Genehmigung des Geschäftsberichts,
7. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten an der Urne oder an der Gemeindeversammlung beschlossen worden sind,
8. die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben,
9. die Veräusserung von und Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert von mehr als Fr. 2'000'000,

## Bestimmungen bisher

**Art. 19 Finanzbefugnisse**

<sup>1</sup> Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

1. die Festsetzung des jährlichen Voranschlags
2. die Festsetzung des Gemeindesteuersfusses
3. die Beschlüsse über die Vorfinanzierung von Investitionen
4. die Abnahme der Jahresrechnung
5. die Genehmigung von Abrechnungen über die Verwendung von Investitionskrediten, die von den Stimmberechtigten an der Urne oder an der Gemeindeversammlung beschlossen worden sind.

<sup>2</sup> Ferner entscheidet die Gemeindeversammlung über folgende finanzielle Vorlagen:

- |  |                       |
|--|-----------------------|
| Vorlage  | Betrag in Franken     |
| 1. Neue einmalige Ausgaben   | > 200'000 – 2'000'000 |
| 2. Erhöhung bereits bewilligter, einmaliger Ausgaben               | > 200'000 – 2'000'000 |
| 3. Neue jährlich wiederkehrende Ausgaben                           | > 30'000 – 300'000    |
| 4. Erhöhung bereits bewilligter, jährlich wiederkehrender Ausgaben | > 30'000 – 300'000    |

## Kommentar

Das neue Gemeindegesetz führt im Bereich der Finanzbefugnisse zu einer Vereinfachung, indem es grundsätzlich nur noch zwischen Ausgaben und Anlagen unterscheidet und darauf verzichtet, für gewisse Spezialtatbestände wie Bürgschaften oder Darlehen Sonderregelungen vorzusehen (vgl. § 41 Abs. 3 Ziff. 4–7 Gemeindegesetz vom 22. Juni 1926). Für die Abgrenzung massgebend ist, welchem Zweck ein Vermögenswert dienen soll. Dient er einem öffentlichen Zweck, so ist er im Verwaltungsvermögen zu führen; dafür werden Ausgaben getätigt. Dient er allein Anlagezwecken, ist er im Finanzvermögen zu führen. Für neue Ausgaben richtet sich die Zuständigkeit nach Ziff. 4. Für Anlagen ist grundsätzlich allein der Gemeinderat zuständig. Für den Verkauf von und die Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens ist die Gemeindeversammlung ab einem in der GO zu definierenden Wert zuständig (§ 117 Abs. 2 lit. a GG, vgl. Ziff. 9).

Ziff. 1: Die Gemeindeversammlung als Budgetorgan verfügt über die Budgetkompetenz (§ 101 Abs. 2 GG). Die Verpflichtungskredite für neue Ausgaben, die das zuständige Gemeindeorgan beschlossen hat, werden im Budget eingestellt und von der Gemeindeversammlung



## Bestimmungen neu

10. den Erwerb und den Tausch von Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert von mehr als Fr. 5'000'000.

## Bestimmungen bisher

5. Übertragung von Werten aus dem Finanz- in das Verwaltungsvermögen  
> 200'000 – 2'000'000
6. Eingehen von Bürgschaften und das Leisten von Kautionen  
> 200'000 – 2'000'000
7. Finanzielle Beteiligung an Unternehmen Dritter  
> 500'000 – 2'000'000
8. Gewährung von Darlehen an öffentliche Institutionen und private Organisationen  
> 200'000 – 2'000'000
9. Gewährung von Darlehen als Geldanlagel der Gemeinde  
> 2'000'000 – 5'000'000
10. Neue einmalige Ausgaben für den Ausbau und den Unterhalt der über Gebühren finanzierten Werke Strom, Gas, Wasser, Fernwärme und Abwasser sowie von öffentlichen Gewässern  
> 400'000 – 2'000'000
11. Erneuerung von Gemeindestrassen, sofern dies die Folge von Ausbau und Unterhalt der genannten Werkträger ist  
> 400'000 – 2'000'000
12. Erwerb und Verkauf von Werten des Finanzvermögens  
> 2'000'000
13. Bestellung und Aufhebung von dinglichen Rechten  
> 2'000'000

## Kommentar

lung im Rahmen der Budgetgenehmigung bewilligt. Mit diesem Vorgang wird für eine neue Ausgabe, die bereits durch einen Verpflichtungskredit bewilligt wurde, noch der Budgetkredit bewilligt (doppeltes Ausgabenbewilligungsverfahren).

Ziff. 2: Das Budget ist die Grundlage für die Festsetzung des Gemeindesteuerfusses. Budget und Steuerfuss sind in der gleichen Versammlung in zwei getrennten Beschlüssen zu beschliessen (§ 101 Abs. 2 GG).

Ziff. 3: Der Gemeinderat beschliesst den Finanz- und Aufgabenplan. Die Gemeindeversammlung nimmt ihn zur Kenntnis, kann ihn aber nicht ändern (§ 96 Abs. 2 GG).

Ziff. 4: Die Stimmberechtigten in der Gemeindeversammlung verfügen über die Kompetenz, neue einmalige und neue wiederkehrende Ausgaben mit einem Verpflichtungskredit zu bewilligen. Bewilligt die Gemeindeversammlung den Verpflichtungskredit erst im laufenden Rechnungsjahr, so wird davon ausgegangen, dass ihm für das laufende Rechnungsjahr auch Nachtragskreditcharakter zukommt.

Ziff. 5: § 128 Abs. 2 GG.

Ziff. 6: Die Gemeinde Horgen soll neu eine Rechnungsprüfungskommission mit der Geschäftsprüfung haben. Es muss darum ein Geschäftsbericht erstellt werden. Dieser ist

von der Gemeindeversammlung zu genehmigen (§§134 Abs. 2, 60 Abs. 3 GG).

Ziff. 7: § 112 Abs. 3 GG.

Ziff. 8: § 90 Abs. 2 GG.

Ziff. 9: § 117 Abs. 2 lit. a GG. Die Gemeinden haben in ihrer GO einen Betrag festzulegen, ab welchem die Gemeindeversammlung für die Veräusserung von und die Investition in Finanzliegenschaften zuständig ist (Liegenschaften im Verwaltungsvermögen können nicht verkauft werden). Enthält die GO keine entsprechende Bestimmung, ist die Gemeindeversammlung unabhängig von einer Beitragslimite in jedem Fall zuständig.

Ziff. 10: Es ist zweckmässig, dass für den Erwerb von Liegenschaften des Finanzvermögens der Gemeinderat zuständig ist; er kann flexibel innert nützlicher Frist handeln und eine sich bietende Kaufmöglichkeit nutzen. Ab einem Wert von Fr. 5 Mio. sollen aber die Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung auch für den Erwerb und den Tausch von Liegenschaften zuständig sein.

Ziff. 5 bis 13 bisher: Eine zeitgemässe GO benötigt diese Ziffern nicht (vgl. einleitende Bemerkungen zu diesem Artikel).

---

### Art. 20 Vereinfachtes Verfahren zur Kreditbewilligung

Die Aufnahme neuer oder die Erhöhung bisheriger Verpflichtungskredite bis zu 150'000 Franken im Einzelfall oder 50'000 Franken jährlich wiederkehrend kann ohne besonderen Beschluss durch Genehmigung des Voranschlages bewilligt werden. Im Bericht zum Voranschlag ist auf solche Kredite hinzuweisen und diese sind hinreichend zu umschreiben.

Gemäss Gemeindegesetz gilt für jede Ausgabe die doppelte Ausgabenbewilligung. Art. 20 bisher ist zu streichen. Die Bewilligung von neuen Verpflichtungskrediten oder Zusatzkrediten in der vorgesehenen Höhe kann der Gemeinderat (auch ausserhalb) Budget vornehmen.

## III. Gemeindebehörden

### 3. Kapitel: Die Gemeindebehörden

#### 1. Allgemeine Bestimmungen

#### 1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Diese Bestimmungen gelten für alle Gemeindebehörden, d.h. für den Gemeinderat, die eigenständigen Kommissionen und die RGPK.

#### Art. 23 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der Gemeindebehörden richtet sich nach dem Gemeindegesetz und den entsprechenden Behördenerlassen.

#### Art. 21 Geschäftsführung

Die Geschäftsbehandlung der Gemeindebehörden richtet sich nach dem Gemeindegesetz und der vom Gemeinderat erlassenen Organisationsverordnung.

Eine wesentliche Änderung des neuen Gemeindegesetzes besteht darin, dass in der GO lediglich die Grundzüge der Organisation der Gemeinde zu regeln sind. Die Organisation der Gemeindeverwaltung ist im Übrigen in einem Erlass des Gemeinderats zu regeln. Darin legt der Gemeinderat unter anderem die Verwaltungsabteilungen (Ressorts) fest. Der Entscheid über die zweckmässige Bildung von Verwaltungsabteilungen liegt nicht in der Kompetenz der

Stimmberechtigten und ist somit nicht initiativfähig. Die heute in den GO hierzu bestehenden Bestimmungen sind aufzuheben.

### Art. 24 Offenlegung der Interessenbindungen

<sup>1</sup> Die Mitglieder von Behörden legen ihre Interessenbindungen offen. Insbesondere geben sie Auskunft über:

- a) ihre beruflichen Tätigkeiten,
- b) ihre Mitgliedschaften in Organen und Behörden der Gemeinden, des Kantons und des Bundes,
- c) ihre Organstellungen in und wesentlichen Beteiligungen an Organisationen des privaten Rechts.

<sup>2</sup> Die Interessenbindungen werden veröffentlicht.

Abs. 1: Die Pflicht zur Offenlegung ergibt sich aus § 42 Abs. 2 GG. Zur Offenlegung verpflichtet werden die Mitglieder sämtlicher Behörden (Gemeinderat, eigenständige Kommissionen, unterstellte Kommissionen, Rechnungsprüfungskommission), nicht Angestellte. Die Gemeinden haben die Offenlegung der Interessenbindungen (z.B. Gegenstand, Form) in den Grundzügen in einem Erlass zu regeln, der von den Stimmberechtigten verabschiedet wird.

lit. a: Anzugeben sind haupt- sowie nebenberufliche Tätigkeiten, unabhängig davon, ob es sich um eine selbständige oder unselbständige Erwerbstätigkeit handelt.

lit. b: Erfasst sind auch Mitgliedschaften in Organen und Behörden von interkommunalen Organisationen (§§ 73, 74 GG). Offenzulegen ist z.B. der Einsitz in Kommissionen, Parlamenten, Delegiertenversammlungen, Aufsichtsgremien oder im Bezirksrat.

lit. c: Organisationen des privaten Rechts sind Vereine, Stiftungen, aber auch Aktiengesellschaften, Genossenschaften etc. Nicht entscheidend ist, ob die Organisation eine öffentliche Aufgabe erfüllt (§ 75 GG) oder nicht. Auch die Organstellung in gemeinnüt-

zigen Vereinen wie Musik- oder Turnvereinen ist offenzulegen. Organstellung hat eine Person dann, wenn sie Einfluss auf die Entscheidung der Organisation nehmen kann.

Abs. 2: Damit die Offenlegung der Interessenbindung ihr Ziel erreichen kann, sind die Angaben so zu veröffentlichen, dass sie von der Öffentlichkeit problemlos eingesehen werden können (z.B. auf der Homepage der Gemeinde). Ein Behördenerrlass kann die weiteren Details regeln, z.B. wo und in welchem Turnus die Angaben zu aktualisieren oder zu veröffentlichen sind oder ab welcher Höhe eine Beteiligung an einer Organisation des privaten Rechts als wesentlich gilt.

#### **Art. 25 Beratende Kommissionen und Sachverständige**

Die Behörden können jederzeit für die Vorbereitung und die Begutachtung einzelner Geschäfte Sachverständige beiziehen oder beratende Kommissionen in freier Wahl bilden.

#### **Art. 22 Beratende Kommissionen und Sachverständige**

Die Behörden können jederzeit für die Vorbereitung und die Begutachtung einzelner Geschäfte Sachverständige beiziehen oder beratende Kommissionen in freier Wahl bilden.

Die Behörden können gestützt auf § 46 GG beratende Kommissionen bilden und Sachverständige beiziehen. Dieser Artikel hat daher keinen normativen Charakter, dient aber der Transparenz.

#### **Art. 26 Aufgabenübertragung an einzelne Mitglieder oder an Ausschüsse**

<sup>1</sup> Die Behörden können jederzeit beschliessen, dass bestimmte Geschäfte oder Geschäftsbereiche einzelnen Mitgliedern oder Ausschüssen von Mitgliedern der Behörde zur selbständigen Erledigung übertragen werden und sie legen deren Finanzkompetenzen fest.

#### **Art. 23 Delegation an einzelne Mitglieder oder an Ausschüsse**

<sup>1</sup> Die Behörden können jederzeit beschliessen, welche Geschäfte oder Geschäftsbereiche durch die einzelnen Mitglieder oder durch Ausschüsse von Mitgliedern in eigener Verantwortung erledigt werden können, und sie legen deren Finanzkompetenzen fest.

Die Behörden können gestützt auf § 44 GG Aufgaben zur selbständigen Erledigung an einzelne Mitglieder oder Ausschüsse übertragen. Dieser Artikel hat keinen normativen Charakter, dient aber der Transparenz.  
Abs. 1: Die Behörden können gestützt auf § 44 GG in einem Behördenerrlass den Bestand von dauernden Ausschüssen und die Delegation

## Bestimmungen neu

<sup>2</sup> Die Überprüfung von Anordnungen und Erlassen von Mitgliedern oder Ausschüssen der Behörde kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung oder Veröffentlichung schriftlich bei der Gesamtbehörde verlangt werden, sofern nicht ein anderes kantonales Verfahren vorgeschrieben ist.

## Bestimmungen bisher

<sup>2</sup> Die Überprüfung von Anordnungen dieser Organe kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung schriftlich, mit Antrag und Begründung versehen, bei der entsprechenden Gesamtbehörde verlangt werden, sofern nicht ein anderes Verfahren vorgeschrieben ist.

## Kommentar

von Aufgaben an diese Ausschüsse und an einzelne Mitglieder einer Behörde regeln. Delegierbar sind lediglich bestimmte Geschäfte oder Geschäftsbereiche; nicht alle. Die konkrete Übertragung von Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen ist detailliert in einem Erlass zu regeln.

Abs. 2: §§ 170 f. GG.

## 2. Gemeinderat

### 2. Abschnitt: Der Gemeinderat

#### Art. 27 Zusammensetzung

<sup>1</sup> Der Gemeinderat besteht mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus neun Mitgliedern.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat konstituiert sich im Übrigen selbst.

#### [Variante zu Art. 27 Abs. 1

<sup>1</sup> Der Gemeinderat besteht mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten sowie der Schulpräsidentin bzw. des Schulpräsidenten aus neun Mitgliedern.]

#### Art. 24 Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht mit Einschluss der Präsidentin oder des Präsidenten aus neun Mitgliedern. Das Präsidium der Schulpflege ist darin eingeschlossen.

Abs. 1: Die Anzahl Mitglieder inkl. Präsidentin bzw. Präsident muss eingesetzt werden (§ 47 Abs. 2 GG).

Der Gemeinderat von Horgen soll weiterhin 9 Mitglieder haben. Die Anzahl und die Ressort- bzw. Zuständigkeitsaufteilung hat sich bewährt, weshalb an der Anzahl Gemeinderatsmitglieder nichts geändert werden soll. Auch ist die Miliztauglichkeit bei einer höheren Anzahl Mitglieder eher gegeben.

Variante: Anpassung von Abs. 1 für den Fall der Volkswahl der Schulpräsidentin/des Schulpräsidenten.

#### Art. 28 Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte

<sup>1</sup> Der Gemeinderat kann Gemeindeangestellten bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen. Ein Erlass regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse.

Abs. 1: Der Gemeinderat kann gestützt auf § 45 Abs. 1 GG Gemeindeangestellten die Befugnis einräumen, bestimmte Aufgaben selbständig zu erledigen. Dieser Artikel hat daher keinen normativen Charakter, dient aber der Transparenz.

## Bestimmungen neu

<sup>2</sup> Die Überprüfung von Anordnungen von An-  
gestellten kann innert 30 Tagen seit der Mit-  
teilung oder Veröffentlichung schriftlich bei  
der Gesamtbehörde verlangt werden, sofern  
nicht ein anderes kantonales Verfahren vor-  
geschrieben ist.

## Bestimmungen bisher

Delegierbar sind nur bestimmte Geschäfte  
oder Geschäftsbereiche; nicht alle. Die kon-  
krete Übertragung von Aufgaben und Ent-  
scheidungsbefugnissen ist detailliert in einem  
Erlass zu regeln. Soll die Trennung von strate-  
gischen und operativen Geschäften vorange-  
trieben und die Miliztauglichkeit der Gemein-  
deratsämter gesichert werden, sind diese  
Delegationsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Abs. 2: §§ 170 f. GG

## Kommentar

### Art. 29 Wahl- und Anstellungsbefugnisse

Der Gemeinderat

1. bestimmt auf die gesetzliche Amtsdauer  
aus seiner Mitte:
  - a) die Vertretungen des Gemeinderats in an-  
deren Organen,
  - b) ein Mitglied als Schulpräsidentin bzw.  
Schulpräsidenten und ein Mitglied als  
Präsidentin bzw. Präsidenten der Sozial-  
behörde,
  2. ernannt oder wählt in freier Wahl:
    - a) die Präsidentin bzw. den Präsidenten und  
die Mitglieder unterstellter und beratender  
Kommissionen,
    - b) die Vertretungen der Gemeinde in Orga-  
nisationen des öffentlichen oder privaten  
Rechts; soweit das Organisationsrecht die-  
ser Organisationen die Zuständigkeit nicht  
anders regelt,

### Art. 25 Konstituierungs-, Wahl- und Anstellungsbefugnisse

Der Gemeinderat

1. bestimmt auf die gesetzliche Amtsdauer  
aus seiner Mitte:
  - a) die Vizepräsidentin oder den Vizepräsi-  
denten
  - b) die Amtsvorsteherinnen oder Amtsvorste-  
her und deren Stellvertretungen
  - c) den Vorsitz und die Mitglieder der Aus-  
schüsse des Gemeinderats und den Vor-  
sitz der Kommissionen ohne selbständige  
Verwaltungsbefugnisse, soweit nicht eine  
andere Behörde dafür zuständig ist
  - d) die Vertretungen des Gemeinderats in an-  
deren Organen
  - e) entfällt
  - f) entfällt

Ziff. 1 lit. b: Die Präsidentin bzw. der Präsi-  
dent der Sozialbehörde muss zwingend dem  
Gemeinderat angehören, ebenso die Schul-  
präsidentin oder der Schulpräsident. Für die  
Variante Volkswahl der Schulpräsidentin/des  
Schulpräsidenten ist diese Bestimmung anzu-  
passen (vgl. Variante).

Ziff. 1. lit. a bis c bisher braucht es nicht mehr,  
die Bestimmung der Vizepräsidentin bzw. des  
Vizepräsidenten sowie der Amtsvorstehen-  
den und der Ausschüsse gehört zur Konsti-  
tuierung. Unterstellte und beratende Kommis-  
sionen werden neu unter Ziff. 2 genannt.

Ziff. 2: Die freie Wahl schliesst eine Wahl aus  
der Mitte des Gemeinderats nicht aus.

Ziff. 2 lit. c: Der Gemeinderat soll wie bisher  
Mitglieder des Wahlbüros wählen. Diese Zu-  
ständigkeit muss ausdrücklich in der GO ge-  
regelt werden (§ 40 lit. d GPR).

## Bestimmungen neu

- c) die Mitglieder des Wahlbüros.
3. ernannt oder stellt an:
  - a) die Gemeindeschreiberin bzw. den Gemeindeschreiber,
  - b) die Organe der Feuerwehr, der Feuerwehr und des Zivilschutzes, soweit die Gemeinde dafür allein zuständig ist,
  - c) die Organe des Zivilstandswesens, soweit die Gemeinde dafür zuständig ist,
  - d) das übrige Gemeindepersonal, soweit nicht einem anderen Organ übertragen.

### [Variante zu Art. 29 Ziff. 1

Der Gemeinderat

1. bestimmt auf die gesetzliche Amtsdauer aus seiner Mitte:
  - a) die Vertretungen des Gemeinderats in anderen Organen,
  - b) ein Mitglied als Präsidentin bzw. Präsidenten der Sozialbehörde.]

## Bestimmungen bisher

2. bestimmt oder wählt in freier Wahl:
  - a) die Mitglieder der beratenden Kommissionen des Gemeinderats
  - b) die Vertretungen der Gemeinde in Zweckverbänden, Stiftungen und weiteren Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist
  - c) die Mitglieder des Wahlbüros.
3. ernannt oder stellt an:
  - a) die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber
  - b) den Gemeindeammann und die Betriebsbeamtin oder den Betriebsbeamten
  - c) das übrige Gemeindepersonal, soweit die Kompetenz nicht einem anderen Organ übertragen wurde
  - d) die Organe der Feuerwehr, der Feuerwehr, des Zivilschutzes und des Zivilstandswesens, soweit die Gemeinde dafür zuständig ist.

## Kommentar

Ziff. 3 lit. a: Die Schreiberin bzw. der Schreiber hat beratende Stimme (§ 52 Abs. 1, 3 GG).

Ziff. 3 lit. b: Die Betriebsbeamtinnen sind auch für die Arbeiten des Gemeindeammanns zuständig, die Funktion muss nicht mehr speziell erwähnt werden (§ 147a GOG). Die Gemeinde Horgen ist die Trägergemeinde des Betriebskreises Horgen und erfüllt die Aufgabe für die Anschlussgemeinden. Gemäss GAZ ist die Wahl oder Ernennung der Betriebsbeamtin bzw. des Betriebsbeamtens nur im Zusammenarbeitsvertrag zu regeln (vgl. § 7 Abs. 2, 3 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Schulbetriebe und den Konkurs und Merkblatt Aufsicht über das Betriebswesen). Auf die Nennung in der GO ist zu verzichten. Entsprechend ist auf eine Bestimmung unter 4. "Friedensrichter und Betriebsamt" zu verzichten.

Ziff. 3 lit. b: Die Gemeinde Horgen führt als Trägergemeinde für die angeschlossenen Gemeinden die Feuerwehr, das Feuerwehr- und das Zivilstandswesen. Die ausdrückliche Zuständigkeitsregelung zugunsten des Gemeinderats von Horgen in der GO dient der Klarheit.

Ziff. 3 lit. c: Für Zivilstandsbeamtinnen und -beamte und ihre Stellvertretung regelt § 27 Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, dass sie durch den Gemeinderat ernannt werden. Die Gemeinde Horgen



ist auch für den Zivilstandskreis die Trägergemeinde. Die Regelung in der GO der Gemeinde Horgen dient der Klarheit.

Ziff. 3 lit. d: Die Anstellungsbefugnis kann auch den Ressortvorstehenden bzw. dem Gemeinbeschreiber oder an Abteilungsleitende delegiert werden.

### Art. 30 Rechtssetzungsbefugnisse

Der Gemeinderat ist zuständig für den Erlass und die Änderung von weniger wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere Bestimmungen über:

1. die Organisation des Gemeinderats im Rahmen eines Organisationserlasses,
2. die Organisation und Leitung der Verwaltung,
3. unterstellte Kommissionen,
4. die Organisation beratender Kommissionen,
5. die Aufgabenübertragung an Gemeindegestellte, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist,
6. Gegenstände, die nicht in die Kompetenz der Gemeindeversammlung oder einer anderen Gemeindebehörde fallen.

### Art. 26 Rechtssetzungsbefugnisse

Der Gemeinderat ist zuständig für den Erlass und die Änderung:

1. seiner Organisationsverordnung für die ihm unterstellten Verwaltungsabteilungen, Ausschüsse und beratenden Kommissionen
2. von Reglementen, Pflichtenheften und Dienstweisungen für die ihm unterstellten Organe
3. von weiteren Verordnungen und Reglementen, die nicht in die Kompetenz der Gemeindeversammlung oder einer anderen Gemeindebehörde fallen
4. entfällt.

Ziff. 2: Der Gemeinderat regelt seine Organisation (§§ 48 Abs. 2, 49 Abs. 1 GG).

Ziff. 3: Im Erlass des Gemeinderats sind die Mitgliederzahl, Zusammensetzung, Aufgaben, Finanz- und Entscheidungsbefugnisse der unterstellten Kommissionen zu regeln (§ 50 GG). Eigenständige Kommissionen regeln ihre Organisation selbst.

Ziff. 4: Der Gemeinderat ist als übergeordnete Behörde gegenüber der untergeordneten weisungsberechtigt und kann ihre Organisation regeln.

Ziff. 5: In der Regel kann die Aufgabenübertragung an Gemeindegestellte in einem Behördenerlass geregelt werden. Massgebend, ob die Aufgabenübertragung im Einzelfall in einem Behördenerlass oder Gemeindegemeindegelände zu regeln ist, bleibt jedoch das Kriterium der Wichtigkeit (§ 4 GG). Sollen z.B. Befugnisse zur Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen im Sinne von § 89 Abs. 2 Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess an Gemeindegelände

stellte (Polizeirichteramt) übertragen werden, ist ein Gemeindeerlass notwendig.

Ziff. 6: Darunter fallen Regelungsgegenstände, wie z.B. Reglemente, Pflichtenhefte und Dienstweisungen für die dem Gemeinderat unterstellten Behörden und Gemeindeangehörigen, aber auch Submissionsrichtlinien und Ausführungserlasse (Vollzugsbestimmungen) zu Gemeindeerlassen.

### Art. 31 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

<sup>1</sup> Der Gemeinderat ist das politische und strategische Führungs- und Aufsichtsorgan der Gemeinde. Er setzt Legislativziele, steuert deren Umsetzung und stellt die Zielerfüllung sicher. Er orientiert die Öffentlichkeit aktiv und transparent über wichtige Geschäfte und Beschlüsse.

<sup>2</sup> Dem Gemeinderat stehen unübertragbar zu:

1. die Verantwortung für den Gemeindehaushalt und für die ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons und des Bezirks übertragenen Aufgaben,
2. die Besorgung sämtlicher Gemeindeangelegenheiten, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist,
3. die Vorberatung der Geschäfte der Gemeindeversammlung und der Urnenabstimmung und die Antragstellung hierzu,

### Art. 27 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Dem Gemeinderat stehen zu:

1. die Ausführung der ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons und des Bezirks übertragenen Aufgaben
2. der Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind
3. die Besorgung sämtlicher Gemeindeangelegenheiten, insbesondere des gesamten Gemeindehaushalts, soweit dafür nicht ein anderes Organ oder die Gemeindeversammlung zuständig ist oder die Beschlussfassung durch die Urne erfolgt
4. die Förderung der familienergänzenden Betreuungsangebote
5. die Vorberatung der Geschäfte der Gemeindeversammlung und der Urnenabstimmung sowie die Antragstellung hierzu

Abs. 1: Dieser Absatz übernimmt denjenigen Teil von Art. 28 bisher, der nicht sowieso schon explizit in den Abs. 2 und 3 aufgelistet wird. So wird betont, dass der Gemeinderat das oberste Führungsorgan der Gemeinde ist. Gleichzeitig wird klargestellt, dass der Gemeinderat gegenüber der Bevölkerung transparent handelt (siehe auch Orientierungsversammlung, Art. 9, Ziff. 4). Diese Transparenz ist ein wichtiges Anliegen der Runden Tische.

Die allgemeinen Verwaltungsbefugnisse des Gemeinderats werden zudem unterteilt in generell unverzichtbare und unübertragbare Befugnisse (Abs. 2) sowie Befugnisse, die delegiert werden können (Abs. 3). Nicht delegierbar sind Aufgaben von grundsätzlicher - insbesondere politischer - Bedeutung; hierfür ist die Gesamtbehörde zuständig. In einem Erlass, der in der Gesetzessammlung der Gemeinde einsehbar ist, muss der Gemeinderat die konkrete Übertragung von Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen regeln.

## Bestimmungen neu

4. die Vertretung der Gemeinde nach aussen und Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften,
5. die Bestimmung des amtlichen Publikationsorgans,
6. die Ergreifung und Unterstützung des Gemeinderats,
7. die Erteilung des Gemeindebürgerrechts.  
3 Dem Gemeinderat stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:
  1. der Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
  2. das Handeln für die Gemeinde nach aussen,
  3. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung,
  4. die Schaffung von Stellen, die für die Erfüllung bestehender Aufgaben notwendig sind sowie die Schaffung neuer Stellen gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, soweit keine andere Gemeindebehörde zuständig ist,
  5. die Festsetzung der Mitgliederzahl des Wahlbüros,
  6. Verträge zu Gebietsänderungen, die unbedeutendes Gebiet betreffen und nicht von erheblicher Bedeutung sind, d.h. insbe-

## Bestimmungen bisher

6. die Vertretung der Gemeinde nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften
7. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung
8. die Schaffung von Stellen der Gemeindeverwaltung, soweit nicht die Schulpflege zuständig ist
9. die Änderung der Gemeindegrenzen
10. die Erteilung des Gemeindebürgerrechts
11. die Veranlassung von Vernehmlassungsverfahren und Mitwirkungsverfahren
12. die Ergreifung und Unterstützung des Gemeinderats
13. die Genehmigung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen mit anderen Gemeinden über die gemeinsame Durchführung von Aufgaben und deren Änderungen, soweit nicht die Gemeindeversammlung oder die Schulpflege zuständig sind
14. die Festsetzung von Bau- und Niveaulinien, von Werkplänen und von Quartierplänen
15. die Festsetzung von Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplänen, soweit der Gemeinderat dafür zuständig ist
16. die Übernahme und Öffentlicherklärung von Privatstrassen und -wegen
17. die Benennung von Strassen, Plätzen und Anlagen sowie die Hausnummerierung.

## Kommentar

- Abs. 2:  
Ziff. 1: Dem Gemeinderat kommt die politische Verantwortung für den Gemeindehaushalt zu. Die operative Leitung kann delegiert werden.
- Ziff. 2: Die subsidiäre Generalkompetenz kommt nur bei Regelungslücken zum Tragen, wenn kein anderes Organ zuständig ist (§ 48 Abs. 3 GG).
- Ziff. 3: Der Gemeinderat bereitet die Anträge an die Stimmberechtigten vor und fasst den Beleuchtenden Bericht für Geschäfte, über die an der Urne oder in der Gemeindeversammlung abgestimmt wird (§ 64 GPR, § 19 GG).
- Ziff. 4: Er regelt die Zeichnungsberechtigung zur Vertretung nach aussen, d.h. er legt die Unterschriftenregelung fest (vgl. Abs. 2 Ziff. 3, welcher zeigt, dass die in der Regelung bezeichneten sodann die Vertretung wahrnehmen).
- Ziff. 5: Jede Gemeinde bestimmt ihr Publikationsorgan (§ 7 Abs. 1 GG). Wer für diese Bestimmung zuständig sein soll, wird in der GO festgelegt. In Horgen soll es neu der Gemeinderat sein. Die Publikation kann auch mit elektronischen Mitteln erfolgen (vgl. § 1 Gemeindeverordnung).
- Ziff. 6: Damit ist bestimmt, dass der Gemeinderat (selbst oder auf Anregung der Stimmberechtigten) für das Gemeinderatsreferendum zuständig ist (Art. 33 Abs. 4 KV).

## Bestimmungen neu

sondere solche, die nicht eine Fläche oder eine Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Gemeinde wesentlich sind,

7. der Abschluss und die Änderung von Abschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Gemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt und keine andere Gemeindebehörde zuständig ist,
8. die Festsetzung von Bau- und Niveaulinien, von Werkplänen und von Quartierplänen,
9. die übrige Aufsicht in der Gemeindeverwaltung.

## Bestimmungen bisher

### Kommentar

Ziff. 7: Das Gemeindeamt hält fest, dass die Organe, die den Einbürgerungsentscheid treffen, der direkten Wahl unterliegen müssen, wobei der Gemeinderat diese Entscheidkompetenz nicht einem Ausschluss aus seiner Mitte oder einem Gemeindegestellten übertragen darf (Peter Kottusch, Kommentar zur Zürcher Kantonsverfassung, Art. 21 N 2). Deshalb muss diese Kompetenz in Abs. 2 festgehalten werden. Vorbereitet werden können die Einbürgerungen aber selbstverständlich durch einen Ausschuss oder Angestellte.

Abs. 3:

Ziff. 2: Die "Aussenpolitik" nach § 48 Abs. 4 GG ist nicht delegierbar. Die Vertretungsbefugnis nach aussen mit Zeichnungsrecht ist jedoch delegierbar. Die Regelung der Zeichnungsberechtigung ist undelegierbar dem Gemeinderat vorbehalten (vgl. Abs. 1 Ziff. 4).

Ziff. 4: Der Gemeinderat kann diejenigen Stellen schaffen, die notwendig sind, damit die bestehenden Aufgaben der Gemeinde weiterhin in der bestehenden Qualität erfüllt werden können. Soll eine neue Aufgabe eingeführt oder eine bestehende erheblich ausgebaut werden, kann der Gemeinderat lediglich im Umfang seiner Finanzbefugnisse neue Stellen schaffen (Urteil des Verwaltungsgerichts vom 11. April 2018; VB:2018.00052). Bei höheren Ausgaben muss er den Stimmberechtigten Antrag stellen.

Ziff. 5: Die Festlegung der Zahl der Mitglieder erfolgt durch den Gemeinderat. Dieser kann diese Befugnis auch an eine Angestellte bzw. einen Angestellten übertragen. Nicht delegierbar ist die Wahl der Mitglieder.

Ziff. 6: Viele Gebietsänderungen sind nur geringfügige Grenzänderungen einzelner oder weniger Parzellen infolge übergeordneter Infrastrukturprojekte. Verträge über solche Gebietsänderungen sollen vom Gemeinderat beschlossen werden können. Über erhebliche Gebietsänderungen findet eine Urnenabstimmung statt.

Ziff. 7: Werden keine hoheitlichen Befugnisse übertragen und bewirkt der Vertrag keine Ausgaben, die den Stimmberechtigten vorzulegen werden müssen, ist der Gemeinderat zuständig. Der Vorbehalt der Zuständigkeit einer anderen Gemeindebehörde bezieht sich insbesondere auf die Schulpflege.

Ziff. 8: Dienstaufsicht und Weisungsrechte lassen sich delegieren.

### Art. 28 Führungsgrundsätze

- Der Gemeinderat ist das politische und strategische Führungsorgan. Er bereitet die Anträge an die Stimmberechtigten vor und vollzieht deren Beschlüsse. Er setzt Legislaturziele, steuert deren Umsetzung und stellt die Zielerfüllung sicher.

Der Inhalt dieser Bestimmung wurde in Art. 31 Abs. 1 neu übernommen (neu formuliert). Zudem sind in Art. 9 Abs. 4 Orientierungsversammlungen geregelt und es muss ein Geschäftsbericht verfasst werden, welcher den Rechenschaftsbericht ersetzt

## Bestimmungen neu

## Bestimmungen bisher

## Kommentar

- 2 Der Gemeinderat orientiert die Öffentlichkeit aktiv und transparent über wichtige Geschäfte und Beschlüsse und gibt in einem jährlichen Rechenschaftsbericht Auskunft über seine Tätigkeit, insbesondere über den Stand und das Erreichen seiner Legislaturziele.
- 3 Der Rechenschaftsbericht ist der Gemeindeversammlung jeweils an der Rechnungs-gemeindeversammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen.

(vgl. § 134 Abs. 1 und 2 GG: Der Gemeindevorstand legt mit dem Geschäftsbericht Rechenschaft über die wichtigsten Entwicklungen und Geschäfte des vergangenen Jahres ab. Der Geschäftsbericht wird von der Gemeindeversammlung spätestens 6 Monate nach Abschluss des Rechnungsjahres verabschiedet.)

### Art. 32 Finanzbefugnisse

- <sup>1</sup> Dem Gemeinderat stehen unübertragbar zu:
1. die Bewilligung von im Budget nicht enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 500'000, höchstens bis Fr. 1'000'000 im Jahr; und von neuen wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 50'000, höchstens bis Fr. 100'000 im Jahr.
  2. die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan.
- <sup>2</sup> Dem Gemeinderat stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:
1. der Ausgabenvollzug,
  2. die Bewilligung gebundener Ausgaben,

### Art. 29 Finanzielle Befugnisse

- 1 Der Gemeinderat ist für den Ausgabenvollzug und den Entscheid über die gebundenen Ausgaben zuständig.
- 2 Ferner entscheidet der Gemeinderat über folgende finanzielle Vorlagen:

Vorlage	Betrag in Franken
1. Neue einmalige Ausgaben im Einzelfall:	
maximal pro Jahr:	< 200'000
	500'000
2. Erhöhung bereits bewilligter, einmaliger Ausgaben im Einzelfall:	
maximal pro Jahr:	< 200'000
	500'000
3. Neue jährlich wiederkehrende Ausgaben im Einzelfall:	
maximal pro Jahr:	< 30'000
	80'000

Abs. 1: Die in Abs. 1 aufgeführten Beschlüsse muss der Gemeinderat im Kollegium fällen. Eine Delegation ist ausgeschlossen.

Ziff. 1: Besteht nach dem Beschluss über das Budget während des Budgetjahrs die Notwendigkeit für neue Ausgaben, kann der Gemeinderat ausserhalb des Budgets neue Ausgaben bewilligen, sofern dies - wie vorliegend - in der GO vorgesehen ist (§ 104 Abs. 2 GG). Das Budget wird bei entsprechend bewilligten Ausgaben in diesem Umfang überschritten, d.h. die Rechnung fällt um die vom Gemeinderat ausserhalb des Budgets bewilligten Ausgaben höher aus. Diese Ausgabenkompetenzen sind nicht nur bezogen auf den Einzelfall zu begrenzen, sondern auch gesamthaft für ein Rechnungsjahr durch eine Höchstgrenze bzw. Plafond. Die Limiten für die einmaligen Ausgaben werden vorliegend unverändert übernommen, diejenigen für die wiederkehrenden leicht erhöht.

## Bestimmungen neu

3. die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 500'000 für einen bestimmten Zweck und neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 50'000 für einen bestimmten Zweck,
4. die Veräusserung von und Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert bis Fr. 2'000'000,
5. der Erwerb und der Tausch von Liegenschaften ins Finanzvermögen im Wert bis Fr. 5'000'000.

## Bestimmungen bisher

4. Erhöhung bereits bewilligter, jährlich wiederkehrender Ausgaben im Einzelfall:  
< 30'000  
80'000  
maximal pro Jahr:
5. Übertragung von Werten aus dem Finanz- in das Verwaltungsvermögen < 200'000
6. Eingehen von Bürgschaften und das Leisten von Kautionen < 200'000
7. Finanzielle Beteiligung an Unternehmen Dritter < 500'000
8. Gewährung von Darlehen an öffentliche Institutionen und private Organisationen < 200'000
9. Gewährung von Darlehen als Geldanlage der Gemeinde < 2'000'000
10. Neue einmalige Ausgaben für den Ausbau und den Unterhalt der über Gebühren finanzierten Werke Strom, Gas, Wasser, Fernwärme und Abwasser sowie von öffentlichen Gewässern < 400'000
11. Erneuerung von Gemeindestrassen, sofern dies die Folge von Ausbau und Unterhalt der genannten Werkträger ist < 400'000
12. Erwerb und Verkauf von Werten des Finanzvermögens < 2'000'000
13. Bestellung und Aufhebung von dinglichen Rechten < 2'000'000

## Kommentar

Der in Ziff. 1 festgelegte Plafond gilt für die Bewilligung aller neuen Ausgaben ausserhalb des Budgets, d.h. für Verpflichtungs- und Zusatzkredite. Bis anhin galten auch dieselben Limiten, eine explizite Regelung ist entsprechend nicht zu treffen. So wird auch der Eindruck vermieden, dass für einen Zusatzkredit nochmals dieselbe Summe gesprochen werden könne, wie für den Verpflichtungskredit. Es gilt § 109 GG, speziell Abs. 2: Überschreitet der Gesamtbetrag von Verpflichtungskredit und Zusatzkredit die Zuständigkeit jenes Organs, das den Verpflichtungskredit beschloss, richtet sich die Zuständigkeit für den Zusatzkredit nach der Höhe des Gesamtbetrags.

Ziff. 2: § 96 Abs. 1 GG.

Abs. 2: Die Befugnisse nach Abs. 2 sind in einem gewissen Umfang an Mitglieder oder Ausschüsse des Gemeinderats, an Gemeindeangestellte und unterstellte Kommissionen delegierbar. Mit der Delegation dürfen im konkreten Fall nicht die Finanzbefugnisse der Behörde ausgehöhlt werden. Eine massvolle und stufengerechte Delegation ist jedoch zulässig.

Ziff. 1: Der Gemeinderat beschliesst, was mit den auf Grund des Verpflichtungs- und Budgetkredits zur Verfügung stehenden Mitteln geschehen soll. Er nimmt z.B. die Vergabe der Arbeiten vor und bezeichnet die Vertragspartner.

Ziff. 2: Der Gemeinderat bezeichnet die gebundenen Ausgaben und stellt sie im Budget ein.

Ziff. 3: Der Gemeinderat bewilligt neue Ausgaben mit einem Verpflichtungskredit (§ 107 Abs. 1 lit. c GG). Der Verzicht auf eine Einnahme (Einnahmeausfall) ist wie eine Ausgabe zu behandeln, weil sie der Gemeinde Mittel entzieht. Von der Ausgabenbewilligungskompetenz ist der Ausgabenvollzug (Ziff. 1) zu unterscheiden.

### Art. 30 Bildung von Ressorts

<sup>1</sup> Der Gemeinderat gliedert sich in folgende Ressorts:

1. Präsidiales
2. Finanzen
3. Gesellschaft
4. Sicherheit
5. Liegenschaften
6. Hochbau
7. Tiefbau
8. Bildung
9. Werke

<sup>2</sup> Zu Beginn jeder Amtsdauer teilt der Gemeinderat jedem Mitglied die Leitung eines Ressorts zu. Jedes Mitglied ist zur Übernahme des entsprechenden Ressorts verpflichtet.

Die Ressortbildung wird neu nicht mehr in der Gemeindeordnung abgebildet. Der Gemeinderat organisiert sich und die Verwaltung selbst und erlässt die entsprechenden Bestimmungen. Änderungen in der Ressortbildung liegen in seiner Kompetenz und nicht in derjenigen der Stimmberechtigten (vgl. Kommentar zu Art. 1).



<sup>3</sup> Der Gemeinderat weist in der Organisationsverordnung den gemäss Gemeindeordnung vorgesehenen Ressorts ihre Aufgaben zu. Er kann daneben weitere Aufgaben einzelnen Behördenmitgliedern zuweisen.

<sup>4</sup> Im Falle der Ersatzwahl eines Mitglieds beschliesst der Gemeinderat, ob das neue Mitglied in die Stellung des Amtsvorgängers eintritt oder ob eine Neuverteilung der Aufgaben erfolgt.

### 3. Eigenständige Kommissionen

#### 4. Abschnitt: Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen

Eigenständige Kommissionen entsprechen weitgehend den früheren Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen.

#### Art. 33 Aufgabentransfer an Gemeindeangestellte

<sup>1</sup> Die eigenständigen Kommissionen können Gemeindeangestellten bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen. Ein Erlass regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse im Rahmen des übergeordneten Rechts.

<sup>2</sup> Die Überprüfung von Anordnungen von Angestellten kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung oder Veröffentlichung schriftlich bei der Gesamtkommission verlangt werden, sofern nicht ein anderes kantonales Verfahren vorgeschrieben ist.

#### Art. 32 Allgemeine Bestimmungen

<sup>1</sup> Anträge der Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen an die Gemeindeversammlung und an die Urne sind dem Gemeinderat einzureichen, der sie zusammen mit einem eigenen Antrag weiterleitet.

<sup>2</sup> Die selbständigen Kommissionen können einzelne Aufgaben und die damit verbundenen Befugnisse der Präsidentin oder dem Präsidenten, einzelnen Mitgliedern oder Ausschüssen von mehreren Mitgliedern übertragen. Eine Überprüfung durch die Gesamtbehörde kann gemäss Art. 23 Abs. 2 GO verlangt werden.

Abs. 1: Die Regelungen betreffend Delegation an Mitglieder und Ausschüsse und betreffend Bezug Sachverständiger sind schon in dem Art. 24 ff. enthalten. Die eigenständigen Kommissionen sind Behörden, die entsprechenden Regelungen gelten auch für sie.

Delegationsmöglichkeiten an Angestellte müssen ausdrücklich – anders als beim Gemeinderat, für den die Delegationsmöglichkeit gemäss Gemeindegesetz sowieso gilt – in der Gemeindeordnung geregelt werden. Art. 33 gilt für die Schulpflege und die Sozialbehörde.

Die Delegation muss übergeordnetes Recht respektieren. Für die Schulpflege gilt speziell: Delegierbar sind nur bestimmte Ge-

## Bestimmungen neu

## Bestimmungen bisher

## Kommentar

<sup>3</sup> Die selbständigen Kommissionen können für die Vorberatung und Begutachtung einzelner Geschäfte Sachverständige beziehen, Ausschüsse aus ihrer Mitte oder Kommissionen ohne selbständige Verwaltungsbefugnis in freier Wahl bilden, die in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen sind. In solchen Ausschüssen und Kommissionen führt stets ein Behördenmitglied den Vorsitz.

schäfte oder Geschäftsbereiche und die Delegationsbeschränkungen gemäss noch geltendem Volksschulrecht sind zu beachten (vgl. insbesondere § 42 Abs. 3 VSG und § 44 Abs. 2 VSV). Das Volksschulgesetz ist derzeit in Revision und soll auf den 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Abs. 2: Die Neubeurteilung gilt gemäss §§ 170 f. GG

### Art. 34 Anträge an Gemeindeversammlung und Urne

Anträge der eigenständigen Kommissionen an die Gemeindeversammlung und an die Urne sind dem Gemeinderat einzureichen, der sie zusammen mit seiner Abstimmungsempfehlung weiterleitet.

Nach § 51 Abs. 4 GG haben die eigenständigen Kommissionen grundsätzlich ein direktes Antragsrecht an die Stimmberechtigten. Der Gemeinderat als oberstes Aufsichtsorgan muss dazu immer seine Abstimmungsempfehlung abgeben. Aufgrund verschiedener Voten in der Vernehmlassung wird das direkte Antragsrecht, das auch bisher galt, in der GO wieder explizit aufgeführt.

## 3:1 Schulpflege

### Abschnitt 4.2: Schulpflege

Die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse der Schulpflege richten sich nach der Schulgesetzgebung (§ 56 Abs. 1 GG). Steht das GG keine speziellen Regelungen zur Schulpflege vor, sind die Regelungen über eigenständige Kommissionen zu beachten (§ 56 Abs. 3 GG).

**Art. 35 Zusammensetzung**

<sup>1</sup> Die Schulpflege bestet mit Einschluss der Schulpräsidentin bzw. des Schulpräsidenten aus sieben Mitgliedern.

<sup>2</sup> Die Schulpräsidentin bzw. der Schulpräsident wird vom Gemeinderat aus seiner Mitte bestimmt. Im Übrigen konstituiert sich die Schulpflege selbst.

**[Variante für Art. 35 Abs. 2**

Die Schulpräsidentin bzw. der Schulpräsident ist von Amts wegen Mitglied des Gemeinderats. Im Übrigen konstituiert sich die Schulpflege selbst.]

**Art. 37 Zusammensetzung**

Die Schulpflege besteht mit Einschluss des Präsidiums aus neun Mitgliedern.

Abs. 1: § 55 Abs. 1 GG. Es ist die Anzahl Mitglieder inkl. Schulpräsidentin bzw. Schulpräsident einzusetzen. Die Schulpflege muss mindestens fünf Mitglieder haben. In Horgen soll die Zahl von neun auf sieben Mitglieder reduziert werden. Die strategische und operative Aufgabenerfüllung kann durch die neue zulässige Delegation an Angestellte und die Einführung einer Leitung Bildung besser getrennt und die Schulpflege entlastet werden.

**Art. 36 Aufgabe**

Die Schulpflege führt die Kindergarten-, die Primar- und die Sekundarstufe der öffentlichen Volksschule und nimmt weitere Aufgaben und Befugnisse im Bereich Schule und Bildung wahr, soweit nicht andere Organe zuständig sind.

**Art. 38 Aufgaben**

Die Schulpflege führt die Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe der öffentlichen Volksschule und nimmt weitere Aufgaben im Bereich Schule und Bildung wahr, soweit nicht andere Organe zuständig sind.

Die Aufgaben und die Entscheidungsbefugnisse der Schulpflege richten sich nach der Schulgesetzgebung. Die Gemeindeordnung regelt die Finanzbefugnisse der Schulpflege (§ 56 GG). Die öffentliche Volksschule besteht aus der Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe (§§ 4 ff. VSG). Die Gemeinden haben dem Bedarf entsprechende Tagesstrukturen zur Verfügung zu stellen (§ 27 Abs. 3 VSG, § 27 VSV).

**Art. 37 Wahl- und Anstellungsbefugnisse**

Die Schulpflege ernannt oder stellt an:

1. die Leitung Bildung bzw. das Rektorat,
2. die Leitung und das Personal des Sekretariats,
3. die Schulleiterinnen bzw. die Schulleiter,
4. die Lehrpersonen,
5. die weiteren Angestellten und Spezialisten im Schulbereich, ausgenommen das Hauswart- und Reinigungspersonal, welches der Gemeindeverwaltung unterstellt ist.

**Art. 39 Konstituierungs-, Wahl- und Anstellungsbefugnisse**

Die Schulpflege:

1. bestimmt aus ihrer Mitte die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten sowie die für die Finanzen und die infrastrukturellen Belange verantwortlichen Mitglieder
2. wählt in freier Wahl die Leitung und die Mitglieder der ständigen Organe, ihre Delegierten in Zweckverbände, Stiftungen und weitere Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts im Schulwesen sowie das Präsidium und das Vizepräsidium der Schulleitungskonferenz
3. wählt, ernannt oder stellt an: die Schulleitungen, die Lehrpersonen, die Schulleiterin oder den Schularzt, die Schulzahnärztin oder den Schulzahnarzt sowie die weiteren Angestellten im Schulbereich, ausgenommen das Personal im Sekretariat.

Allgemeines: Die Schulleiterinnen bzw. Schulleiter sowie Lehrerinnen bzw. Lehrer, die im Lehrplan vorgesehene Fächer unterrichten, werden nach kantonalem Recht beschäftigt (§ 1 Lehrpersonalgesetz). Andere Lehrpersonen, die z.B. im Rahmen der Begabtenförderung oder des freiwilligen Schulsports angestellt sind, stehen demgegenüber in einem Arbeitsverhältnis mit der Gemeinde, angeht es um die Schulpflege (vgl. Ziff. 4).

Ziff. 1: Die Leitung Bildung/Rektorat, welche für die gesamte operative Führung der Schule zuständig ist, ist nach dem neuesten Entwurf des Volksschulgesetzes nur zulässig, wenn in der Gemeinde mindestens 3 geleitete Schulen vorhanden sind und wenn diese Funktion in der Gemeindeordnung vorgesehen ist. Dieser Leitung Bildung können Aufgaben der Schulpflege und des Schulsekretariats übertragen werden, nicht aber diejenigen der Schulleitungen. Die zugewiesenen Kompetenzen werden im Organisationsstatut festgelegt. Am 20. April 2020 hat der Kantonsrat in zweiter Lesung die Vorlage zur Änderung des Volksschul- und Lehrpersonalgesetzes (5507b VSG und LPG) ohne Änderungen verabschiedet. Das revidierte VSG soll auf den 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt werden.

Ziff. 2: Leitung und Personal Schulsekretariat sollen (wieder) der Schulpflege unterstellt

werden. Die Angliederung an die Verwaltung hat sich nicht bewährt.

Ziff. 3 bisher: Eigene Schülärztinnen und Schulzahnärzte hat Horgen nicht; die Erziehungsberechtigten bekommen Gutscheine, welche sie bei der Konsultation der von ihnen gewählten Ärzte einsetzen können.

#### Art. 38 Rechtssetzungsbefugnisse

Die Schulpflege ist in ihrem Aufgabenbereich zuständig für den Erlass und die Änderung von weniger wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere Bestimmungen:

1. im Organisationsstatut,
2. zu den Rahmenbedingungen für die Schulprogramme,
3. über die Organisation der Schulpflege sowie ihr unterstellter Behörden und Personen,
4. über die Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte,
5. betreffend die Ordnung an den Schulen,
6. über Gegenstände, die nicht in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung oder einer anderen Gemeindebehörde fallen.

#### Art. 40 Rechtssetzungsbefugnisse

Die Schulpflege ist in ihrem Aufgabenbereich zuständig für den Erlass und die Änderung:

1. des Organisationsstatuts
2. der Rahmenbedingungen für die Schulprogramme
3. der Geschäftsordnung
4. von Reglementen, Pflichtenheften und Dienstanweisungen für die ihr unterstellten ständigen Organe
5. von weiteren Verordnungen und Reglementen, soweit sie das Schulwesen betreffen und nicht in die Kompetenz der Gemeindeversammlung fallen
6. von allgemeinen Bestimmungen betreffend die Ordnung an den Schulen.

Ziff. 1: Die Schulpflege erlässt ein Organisationsstatut, das für alle geleiteten Schulen im Sinne von § 77 VSG innerhalb der Gemeinde gilt. Im Organisationsstatut sind insbesondere die Aufgaben und Kompetenzen der Schulpflege, der Schulleitung, der Schulkonferenz sowie die Mitwirkung der Eltern zu regeln (§§ 42 Abs. 3 Ziff. 2 und 43 Abs. 1 VSG, §§ 41 und 65 VSV). Es darf nicht mit dem Organisationserlass der Schulpflege (Ziff. 3) verwechselt werden.

Ziff. 2: An jeder Schule wird von der Schulkonferenz unter der Leitung der Schulleitung ein Schulprogramm erarbeitet, das von der Schulpflege zu genehmigen und zu veröffentlichen ist (§ 45 VSG, §§ 42 und 43 VSV). Die Rahmenbedingungen bzw. Leitlinien (§ 42 Abs. 2 VSV) dienen der Führung und einer gewissen Vereinheitlichung der Schulprogramme.

Ziff. 3: Die Schulpflege regelt ihre Organisation in einem Organisationserlass. Ebenso erlässt sie die Geschäftsordnung für die ihr unterstellten Verwaltungsabteilungen und allenfalls für die beratenden sowie unterstell-

ten Kommissionen. Hierzu zählen z.B. auch Pflichtenhefte und Dienstanweisungen an unterstellte Behörden und Personen.

Ziff. 4: Da die GO vorsieht, dass Gemeindeangestellten Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen werden können, regelt ein Erlass die delegierten Aufgaben und Entschreibungsbefugnisse (§ 45 Abs. 2 GG).

Das Gemeindeamt empfiehlt eine Regelung der Zuständigkeit für den Erlass von Benützungsvorschriften und Gebühren von Schulanlagen. Dem ist nicht zu folgen.

#### Art. 39 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Schulpflege ist innerhalb ihres Aufgabebereichs zuständig für:

1. die Ausführung der ihr durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden von Bund, Kanton und Bezirk übertragenen Aufgaben, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
2. den Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe, Behörden oder Personen dafür zuständig sind,
3. die Vertretung der Gesamtheit der Schulen nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften,
4. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung,

#### Art. 41 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Schulpflege ist innerhalb ihres Aufgabebereichs zuständig für:

1. die Ausführung der ihr durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden von Bund, Kanton und Bezirk übertragenen Aufgaben, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind
2. die Aufsicht über die öffentliche Volksschule einschliesslich der schülergänzenden Betreuung und Angebote, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind
3. die Förderung der innerschulischen Betreuungangebote
4. den Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind

Im noch geltenden Volksschulgesetz sind die meisten der Aufgaben der Schulpflege nicht bzw. nur an Schulpflegemitglieder delegierbar. Deshalb werden die allgemeinen Verwaltungsbefugnisse der Schulpflege noch nicht in undelegierbare und delegierbare aufgeteilt. Das Gemeindeamt plant eine Neuauflage der Mustergemeindeordnung auf den Zeitpunkt, in welchem der Wortlaut des revidierten VSGs feststeht.

Ziff. 1: Nach § 56 GG werden die besonderen Aufgaben der Schulpflege durch die Schulgesetzgebung bestimmt. Gemeint sind damit insbesondere Art. 83 Abs. 2, 115 und 116 KV, das Bildungsgesetz, das VSG samt den dazugehörigen Verordnungen und das Lehrpersonalgesetz samt Verordnung.

## Bestimmungen neu

5. die Leitung und Beaufsichtigung der Schulen der öffentlichen Volksschule, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
6. die Schaffung von Stellen für gemeinde-eigene Lehrpersonen und der übrigen Stellen im Schulbereich, die für die Erfüllung bestehender Aufgaben notwendig sind sowie die Schaffung neuer Stellen für neue Aufgaben gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, soweit nicht der Kanton zuständig ist,
7. die Aufteilung der vom Kanton in Vollzeiteinheiten zugeordneten Stellen für Lehrpersonen und Schulleitungen der öffentlichen Volksschule in einem Stellenplan,
8. die Genehmigung und Veröffentlichung der Schulprogramme,
9. den Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Gemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt.

## Bestimmungen bisher

5. die Vertretung der Gesamtheit der Schulen nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften
6. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung
7. die Schaffung von Stellen für gemeinde-eigene Lehrpersonen und der übrigen Stellen im Schulbereich
8. die Aufteilung der vom Kanton in Vollzeiteinheiten zugeordneten Stellen für Lehrpersonen und Schulleitungen der öffentlichen Volksschule in einem Stellenplan
9. die Genehmigung und Veröffentlichung der Schulprogramme
10. die Genehmigung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen mit anderen Gemeinden über die gemeinsame Durchführung von Aufgaben und deren Änderungen, soweit nicht die Gemeindeversammlung zuständig ist
11. die Gemeindestipendien an die berufliche Ausbildung oder das Studium Schulentlassener
12. den Entscheid über die Aufnahme auswärtiger Schüler und Schülerinnen sowie die Festsetzung deren Schulgelder.

## Kommentar

Ziff. 3: Die Gesamtheit der Schulen wird durch die Schulpflege nach aussen vertreten (§ 42 Abs. 1 Satz 3 VSG), die einzelne geleitete Schule hingegen durch die Schulleitung.

Ziff. 5: Unter Schule ist eine von der Schulpflege bezeichnete Organisationseinheit mit einer Schulleitung zu verstehen (§ 77 VSG). Die Schulpflege bezeichnet die Schulen (§ 42 Abs. 1 Satz 1 VSG). Auf der Sekundarstufe legt die Schulpflege einheitlich die Abteilungen fest (§ 6 Abs. 4 VSV). Die Schulpflege ist für die Qualitätssicherung an den Schulen in Zusammenarbeit mit der Schulleitung, der Schulkonferenz und der kantonalen Fachstelle für Schulbeurteilung zuständig. Der Vorbehalt der Zuständigkeit eines anderen Organs bezieht sich insbesondere auf die Bildungsdir- rektion (§ 73 VSG), die Schulleitung und die Schulkonferenz.

Ziff. 6: Die Schulpflege kann Stellen für gemeindeeigene Lehrpersonen schaffen, soweit es für die Aufrechterhaltung des bestehenden Angebots in der Gemeinde notwendig ist. Soll jedoch ein neues Angebot eingeführt oder ein bestehendes erheblich ausgebaut werden, ist die Schulpflege lediglich im Umfang ihrer Finanzbefugnisse dazu berechtigt. Der Vorbehalt der Zuständigkeit des Kantons für die Stellen von Lehrpersonen der Volksschule ergibt sich aus § 3 Abs. 1 Lehrpersonalgesetz.

## Bestimmungen neu

## Bestimmungen bisher

## Kommentar

Ziff. 7: Der Kanton ist zuständig für die Zuteilung der Anzahl Stellen für Lehrpersonen in Vollzeiteinheiten auf die Gemeinden. Die Schulpflege teilt in einem Stellenplan die Vollzeiteinheiten auf die Abteilungen und Klassen auf.

Ziff. 3 bisher: Die Pflicht, bei Bedarf schulgängende Tagesstrukturen zur Verfügung zu stellen, ist in § 27 Abs. 3 VSG festgeschrieben, fällt unter Ziff. 1 neu und muss nicht mehr separat aufgeführt werden.

Ziff. 11 bisher: Diese Befugnis wird neu unter den Finanzbefugnissen aufgeführt.

## Art. 40 Finanzbefugnisse

<sup>1</sup> Die Schulpflege entscheidet als Gesamtbehörde im Rahmen ihrer Aufgaben über die Bewilligung von im Budget nicht enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 50'000, höchstens bis Fr. 100'000 im Jahr, und von neuen wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 25'000 höchstens bis Fr. 50'000 im Jahr.

<sup>2</sup> Der Schulpflege stehen im Rahmen ihrer Aufgaben im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:

1. der Ausgabenvollzug,
2. die Bewilligung gebundener Ausgaben,

## Art. 42 Finanzielle Befugnisse

<sup>1</sup> Die Schulpflege ist im Rahmen ihrer Aufgaben zuständig für den Ausgabenvollzug und den Entscheid über gebundene Ausgaben.

<sup>2</sup> Ferner entscheidet die Schulpflege über folgende finanzielle Vorlagen:

Vorlage Betrag in Franken

1. Neue einmalige Ausgaben im Einzelfall:
 

< 30'000	60'000
----------	--------
2. Erhöhung bereits bewilligter einmaliger Ausgaben im Einzelfall:
 

< 30'000	60'000
----------	--------
3. Neue jährlich wiederkehrende Ausgaben im Einzelfall:
 

< 15'000	30'000
----------	--------

Abs. 1: Die in Abs. 1 aufgeführten Beschlüsse muss die Schulpflege im Kollegium fällen, eine Delegation ist nicht möglich. Die betragsmässigen Limiten für die Bewilligung neuer Ausgaben ausserhalb des Budgets sind niedrig zu halten. Die Begrenzung auf einen jährlichen Höchstbetrag (sog. Plafond) ist unbedingt erforderlich.

Abs. 2: Die Befugnisse nach Abs. 2 sind in einem gewissen Umfang delegierbar.

Ziff. 1: Eine eigenständige Kommission (§ 51 GG) verfügt auch ohne Zustimmung in der GO über die Kompetenz zum Ausgabenvollzug in ihrem Aufgabenbereich. Die Schulpflege beschliesst, was mit den aufgrund des Verpflichtungs- und Budgetkredits in ihrem Aufgabenbereich zur Verfügung ste-



## Bestimmungen neu

3. die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 50'000 und von neuen wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 25'000,
4. Entnahmen aus dem Schulfonds zur Ausrichtung von Gemeindestipendien an die berufliche Ausbildung oder das Studium Schulentlassener.

## Bestimmungen bisher

4. Erhöhung bereits bewilligter, jährlich wiederkehrender Ausgaben im Einzelfall:  
< 15'000  
30'000  
maximal pro Jahr:

## Kommentar

henden Mitteln geschehen soll. Die Schulpflege ist gemäss § 42 Abs. 3 Ziff. 7 VSG auch für die Zuteilung der finanziellen Mittel an die Schulen und die Kontrolle über deren Verwendung zuständig.

### Art. 41 Mitberatung an den Sitzungen der Schulpflege

<sup>1</sup> An den Sitzungen der Schulpflege nehmen zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter der Schulleitungen und eine Vertreterin bzw. Vertreter der Lehrpersonen sowie die Leitung Bildung mit beratender Stimme teil.

<sup>2</sup> Die Leitung des Schulsekretariats hat als Schreiberin bzw. Schreiber der Schulpflege an den Sitzungen der Schulpflege beratende Stimme.

### Art. 43 Mitberatung an den Sitzungen der Schulpflege

An den Sitzungen der Schulpflege nehmen mit beratender Stimme teil:

1. die Schulleitungen (eine Vertretung pro Schuleinheit)
2. die Präsidentin oder der Präsident der Schulleitungskonferenz
3. die Präsidentin oder der Präsident des Gesamtkonvents
4. die Leitung des Schulsekretariats.

Abs. 1: § 42 Abs. 5 VSG. Die Vertretung der Lehrpersonen und Schulleitungen an den Sitzungen der Schulpflege muss in der GO bestimmt werden. Die Lehrpersonen und die Schulleitungen müssen je durch mindestens eine Person vertreten sein. Nicht zulässig wäre eine Regelung, wonach eine Person (z.B. eine Schulleiterin bzw. ein Schulleiter) die Lehrpersonen und die Schulleitungen gleichzeitig vertritt. Das Gemeindeamt verlangt, dass sich die Gemeindeordnung bezüglich genauer Zahl der Vertretungen festlegt. Je eine Schulleiterin und eine Lehrperson ist genug. Die Schulpflege kann in ihrem Organisationsstatut festlegen, dass sie weitere Dritte (regelmässig) an ihre Sitzungen einlädt.

Abs. 2: Begriffsvereinheitlichung mit Art. 37 Ziff. 2.

**Art. 42 Leitung Bildung**

<sup>1</sup> In der Gemeinde Horgen besteht eine Leitung Bildung.

<sup>2</sup> Das Organisationsstatut regelt die Aufgaben und Kompetenzen der Leitung Bildung.

§ 43 nVSG. Neu sieht das Gesetz vor, dass Gemeinden mit mindestens drei Schulen eine Leitung Bildung einrichten können. Als Schule gilt eine von der Schule bezeichnete Organisationseinheit mit einer Schulleitung und einem Schulprogramm (§ 77 VSG und § 43 Abs. 4 nVSG bzw. § 41b Abs. 1 nVSG).

Die Einrichtung einer Leitung Bildung ist in der Gemeindeordnung vorzusehen. Die Leitung Bildung kann je nach Bedürfnis der Gemeinde ausgestellt werden. So kann diese den Schulleitungen und der Schulverwaltung vorstehen oder auch nur den Schulleitungen. Der Leitung Bildung können unter Vorbehalt von § 42 Abs. 5 nVSG Aufgaben der Schulpflege oder der Schulverwaltung übertragen werden.

**Art. 44 Schulleitung**

<sup>1</sup> Die Schulleitung ist zuständig für die administrative, personelle und finanzielle Führung im Rahmen des Budgets und zusammen mit der Schulkonferenz für die operative und pädagogische Führung und Entwicklung der jeweiligen Schuleinheit.

<sup>2</sup> Die Aufgaben und Kompetenzen der Schulleitung richten sich nach der Schulgesetzgebung, der Geschäftsordnung und dem Organisationsstatut.

Diese Bestimmung ist nicht notwendig. Die Aufgaben der Schulleitungen sind umfassend im VSG (u.a. § 44) und der VSV (u.a. § 45) umschrieben und festgelegt. Es braucht keine Regelung in der Gemeindeordnung.

<sup>3</sup> Die Schulleitung vertritt ihre Schuleinheit gegen aussen, soweit nicht die Schulpflege zuständig ist.

<sup>4</sup> Die Schulleitung stellt der Schulpflege Antrag.

<sup>5</sup> Die Überprüfung von Anordnungen der Schulleitung kann innert 10 Tagen seit der Mitteilung schriftlich bei der Schulpflege verlangt werden.

#### Art. 45 Schulkonferenz

<sup>1</sup> Die mit einem Mindestpensum gemäss kantonalem Recht an einer Schule unterrichtenden Lehrpersonen und die Schulleitung bilden die Schulkonferenz. Die Schulpflege regelt die Teilnahme und das Stimmrecht weiterer Mitarbeitenden an den Sitzungen der Schulkonferenz.

<sup>2</sup> Die Schulkonferenz legt das Schulprogramm fest, beschliesst über die Massnahmen zu dessen Umsetzung sowie über konkrete Aktivitäten und Projekte in einer Jahresplanung.

<sup>3</sup> Die Schulkonferenz stellt der Schulpflege Antrag.

Diese Bestimmung ist nicht notwendig. Zusammensetzung und Aufgaben der Schulkonferenz sind ebenfalls umfassend im VSG (u.a. § 45) und der VSV (u.a. § 46) umschrieben und festgelegt. Es braucht keine Regelung in der Gemeindeordnung.

Bestimmungen neu	Bestimmungen bisher	Kommentar
	<p><b>Art. 46 Schulsekretariat</b> Das Schulsekretariat besorgt die organisatorischen und administrativen Aufgaben der Schulpflege und unterstützt die Schulleitung. Die Aufgaben und Kompetenzen werden in der Geschäftsordnung geregelt.</p>	<p>Diese Bestimmung ist nicht notwendig. Die Aufgaben des Schulsekretariats werden in § 46 VSG und v.a. im Organisationsstatut der Schulpflege definiert.</p>
<p><b>3.2 Sozialbehörde</b></p>	<p><b>Abschnitt 4.1: Sozialbehörde</b></p>	<p>Die Gemeinde kann eigenständige Kommissionen einsetzen (§ 51 GG). In der GO sind Mitgliederzahl, Zusammensetzung sowie Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse zu regeln.</p>
<p><b>Art. 43 Zusammensetzung</b> 1 Die Sozialbehörde besteht aus einem Mitglied des Gemeinderats als Präsidentin bzw. Präsident und sechs weiteren Mitgliedern. 2 Die Sozialbehörde konstituiert sich im Übrigen selbst.</p>	<p><b>Art. 33 Zusammensetzung</b> 1 Die Sozialbehörde besteht aus sieben Mitgliedern, Präsidentin oder Präsident inbegriffen. 2 Sechs Mitglieder werden durch die Urne gewählt. Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Ressorts Gesellschaft vertritt den Gemeinderat in der Sozialbehörde und steht ihr vor.</p>	<p>Die Kommission soll beibehalten werden, weil sie sowohl eine breitere Abstützung der Entscheidung als auch eine Entlastungsmöglichkeit für den Gemeinderat und Einstiegsmöglichkeiten in die Politik bietet. Gerade Letzteres wurde an den Runden Tischen nach der Ablehnung des Parlaments klar gefordert.</p>
	<p><b>Art. 34 Organisation</b> 1 Die Sozialbehörde erfüllt ihre Aufgaben grundsätzlich als Gesamtbehörde. 2 Sie konstituiert sich selbst und erlässt ein Organisationsreglement, welches die Verteilung der Aufgaben und Befugnisse sowie die Grundsätze der Geschäftsführung festlegt.</p>	<p>Abs. 1: § 51 Abs. 2 GG. Es ist die Bezeichnung der Kommission und die Anzahl Mitglieder ohne Präsidentin bzw. Präsident einzusetzen. Sie muss inkl. Präsidium aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen. Die Sozialkommission hat seit der Einführung der KESB deutlich weniger Aufgaben. Dennoch wurde bei der letzten Revision der Gemeindeordnung die Mitgliederzahl nicht verkleinert. Zusätzlich können mit dem neuen Gemeindegesetz untergeord-</p>

nete Entscheidungskompetenzen vollständig an Angestellte delegiert werden. Die Sozialbehörde kann so weiter entlastet werden und es kann eine bessere Trennung zwischen strategischen Aufgaben vorgenommen werden. Zur breiteren politischen Abstützung und weil an den Runden Tischen und im Vernehmlassungsverfahren klar der Wunsch nach genügend Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung in der Gemeinde formuliert wurde, soll die Mitgliederzahl dennoch nicht reduziert werden.

#### Art. 44 Aufgaben

<sup>1</sup> Die Sozialbehörde besorgt eigenständig das Fürsorgewesen, namentlich die gesetzliche Einzelfürsorge, und das Asylwesen nach der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung sowie die freiwillige Unterstützung hilfsbedürftiger Einwohnerinnen und Einwohner.

<sup>2</sup> Sie ist in ihrem Aufgabenbereich gemäss Abs. 1 das strategische Führungs- und Aufsichtsorgan.

#### Art. 35 Aufgaben

<sup>1</sup> Die Sozialbehörde besorgt selbständig das Fürsorgewesen, namentlich die gesetzliche Einzelfürsorge nach der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung sowie die freiwillige Unterstützung hilfsbedürftiger Einwohner.

<sup>2</sup> entfällt

<sup>3</sup> Die Sozialbehörde reicht dem Gemeinderat ihren Entwurf für den jährlichen Voranschlag und ihre Stellungnahme zur Jahresrechnung auf den vom Gemeinderat bestimmten Zeitpunkt ein.

Die Aufgabe und der Handlungsbereich, in dem die eigenständige Kommission tätig ist, ist in diesem Artikel zu umschreiben. Ergibt sich der Aufgabenbereich aus dem übergeordneten Recht, muss diese Bestimmung nicht denselben Detaillierungsgrad bei der Umschreibung der Aufgabe erreichen und es kann auf die für die Kommission wesentlichen Rechtsgrundlagen hingewiesen werden.

Es ist der Sozialbehörde wichtig, sich künftig vermehrt auf ihre strategische Führung zu konzentrieren. Diese strategische Führung wird der Vollständigkeit und der Transparenz halber explizit in der GO aufgenommen.

Der Gemeinderat erstellt das Budget und die Jahresrechnung, Abs. 3 bisher kann deshalb gestrichen werden.

**Art. 45 Rechtssetzungsbefugnisse**

Die Sozialbehörde ist in ihrem Aufgabenbereich zuständig für den Erlass und die Änderung von weniger wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere Bestimmungen über:

1. ihre Organisation und ihre Geschäftsbe-handlung,
2. die Delegation von Aufgaben zur selbstständigen Erledigung an Angestellte und deren Kompetenzen.

Diese Kompetenz hat die Sozialbehörde als eigenständige Kommission sowieso. Die Aufnahme der Bestimmung dient der Vollständigkeit und der Transparenz.

**Art. 46 Finanzbefugnisse**

Die Sozialbehörde ist im Rahmen ihrer Aufgaben zuständig für:

1. den Ausgabenvollzug,
2. gebundene Ausgaben,
3. die Bewilligung von im Budget nicht enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 30'000, höchstens bis Fr. 60'000 im Jahr und von neuen wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 15'000, höchstens bis Fr. 30'000 im Jahr,

**Art. 36 Finanzielle Befugnisse**

<sup>1</sup> Die Sozialbehörde ist im Rahmen ihrer Aufgaben zuständig für den Ausgabenvollzug im Rahmen des bewilligten Voranschlages und der Spezialbeschlüsse, soweit nicht andere Organe zuständig sind, sowie für den Entscheid über gebundene Ausgaben.

<sup>2</sup> Ferner entscheidet die Sozialbehörde über folgende finanzielle Vorlagen:

- |   |                   |
|---|-------------------|
| Vorlage                                   | Betrag in Franken |
| 1. Neue einmalige Ausgaben im Einzelfall: | < 30'000          |
| maximal pro Jahr:                         | 60'000            |

Ziff. 1 und 2: In ihrem Aufgabenbereich ist eine eigenständige Kommission für den Ausgabenvollzug und gebundene Ausgaben auch ohne entsprechende ausdrückliche Regelung in der GO zuständig (§ 51 Abs. 1 GG).

Ziff. 3: Die Sozialkommission behält die bisherigen Ausgabenkompetenzen. Weil die Kompetenzlimiten der Sozialkommission niedriger sind als diejenigen des Gemeinderats, stellt sie für Beträge, welche ihre Kompetenzlimite überschreiten, jedoch noch in derjenigen des Gemeinderats liegen, dem Gemeinderat Antrag. Die Sozialbehörde selbst hat keine höheren Finanzkompetenzen beantragt.

Bestimmungen neu	Bestimmungen bisher	Kommentar
4. die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 30'000 und von neuen wiederkehrenden für einen bestimmten Zweck Ausgaben bis Fr. 15'000.	2. Erhöhung bereits bewilligter, einmaliger Ausgaben im Einzelfall: maximal pro Jahr: 60'000 3. Neue jährlich wiederkehrende Ausgaben im Einzelfall: maximal pro Jahr: 30'000 4. Erhöhung bereits bewilligter, im Einzelfall: jährlich wiederkehrender Ausgaben maximal pro Jahr: 30'000	

**IV. Weitere Behörden und Aufgabenträger**

**1. Unterstellte Kommissionen**

Die Einführung von unterstellten Kommissionen entspricht ebenfalls dem Anliegen der Runden Tische nach vermehrten Möglichkeiten für die Bevölkerung, sich in der Gemeinde und der Politik engagieren zu können.

**Art. 47 Unterstellte Kommissionen**

- <sup>1</sup> Dem Gemeinderat können folgende Kommissionen unterstehen:
  - a) Baukommission,
  - b) Umwelt- und Naturschutzkommission,
  - c) Klima- und Energiekommission.

Unterstellte Kommissionen bedürfen einer Verankerung in der GO. Ist in der GO der Bestand einer unterstellten Kommission nicht vorgesehen, ist der Gemeinderat nicht berechtigt, eine solche einzusetzen. Ebenso ist er bei ihrer Auflösung nicht berechtigt, die Bestimmung in der GO anzupassen; dies ist im Rahmen der nächsten Revision der GO nachzuvollziehen.

### Bestimmungen neu

<sup>2</sup> Er regelt in einem Erlass für jede unterstellte Kommission ihre Mitgliederzahl, Zusammensetzung, Aufgaben sowie Entscheidungs- und Finanzbefugnisse.

### Bestimmungen bisher

### Kommentar

Anhand des Namens der Kommission müssen die Stimmberechtigten erkennen können, welche Aufgaben der Gemeinderat der unterstellten Kommission allenfalls übertragen kann. Der Gemeinderat wird sich mit der Ausgestaltung dieser unterstellten Kommissionen befassen, sobald klarer ist, dass sie eingeführt werden sollen.

Abs. 2: Dabei können der unterstellten Kommission mehr oder weniger Kompetenzen eingeräumt werden.

### 2. Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) und Prüfstelle

### Abschnitt 4.3: Rechnungsprüfungskommission

#### Art. 48 Zusammensetzung

<sup>1</sup> Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission besteht mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus sieben Mitgliedern.

<sup>2</sup> Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission konstituiert sich mit Ausnahme der Präsidentin bzw. des Präsidenten selbst.

#### Art. 47 Zusammensetzung und Wahl

<sup>1</sup> Die Rechnungsprüfungskommission besteht insgesamt aus sieben Mitgliedern. Die Präsidentin oder der Präsident sowie die Mitglieder werden an der Urne gewählt.

<sup>2</sup> Im Übrigen konstituiert sich die Rechnungsprüfungskommission selbst.

An der Informationsveranstaltung und den Runden Tischen wurde die Einführung einer Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission klar gefordert. Weil in der Gemeinde Horner kein Parlament eingesetzt wird, soll der Gemeinderat über mehr als die rein finanziellen und finanzpolitischen Aspekte seiner Arbeit Rechenschaft ablegen. Ausserdem biete auch die RGPK eine Möglichkeit, in die Politik einzusteigen.

Abs. 1: Es ist die Anzahl Mitglieder inkl. Präsidentin bzw. Präsident einzusetzen. Die RGPK besteht aus mindestens fünf Mitgliedern (§ 58 Abs. 1 GG), die von den Stimmberechtigten an der Urne zu wählen sind (§ 40 lit. a Ziff. 4 GPR). Die Anzahl Mitglieder wird gegenüber



der bisherigen RPK nicht erhöht, weil die Mitglieder der RPK explizit bei der Mitgliederzahl 7 bleiben wollen.

### Art. 49 Aufgaben

<sup>1</sup> Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission prüft:

- a) die Anträge an die Stimmberechtigten,
  - b) die Geschäftsführung in Bezug auf abgeschlossene Geschäfte.
- <sup>2</sup> Ihre Prüfung umfasst die finanzrechtliche Zulässigkeit, die rechnerische Richtigkeit sowie die finanzielle und sachliche Angemessenheit.
- <sup>3</sup> Sie erstattet den Stimmberechtigten schriftlich Bericht und stellt Antrag.

Abs. 1: Die RGPK prüft nach dieser Formulierung alle Anträge an die Stimmberechtigten. Dabei handelt es sich neben Budget, Jahresrechnung und Geschäftsbericht um die Verpflichtungskreditanträge in der Höhe der Zustimmung von Gemeindeversammlung und Urne und um Gesetzgebungsanträge. Diese Geschäfte prüft die RGPK umfassend, d.h. auf Recht- und Zweckmässigkeit. Die Geschäftsführung wird nur in Bezug auf abgeschlossene Geschäfte geprüft.

Abs. 2: Im Unterschied zur RPK prüft die RGPK die Geschäfte nicht nur auf ihre finanzielle, sondern auch auf ihre sachliche Angemessenheit. Sie macht damit eine Zweckmässigkeitsprüfung. So könnte die RGPK z.B. bei einem Verpflichtungskredit für einen Neubau die Rückweisung oder Ablehnung der Vorlage auch mit dem ungünstigen Standort des Neubaus begründen.

### Art. 50 Herausgabe von Unterlagen

- <sup>1</sup> Mit den Anträgen sind der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission die zugehörigen Akten vorzulegen.
- <sup>2</sup> Im Falle von ablehnenden Stellungnahmen oder Änderungsanträgen der Rechnungs-

### Art. 49 Referentinnen oder Referenten und Aktenbeizug

- <sup>1</sup> Die Rechnungsprüfungskommission kann zur Behandlung der ihr überwiesenen Anträge von den antragstellenden Behörden Referentinnen oder Referenten beiziehen.

Die RGPK muss über die nötigen Unterlagen und Informationen verfügen, weil sie andernfalls ihre Aufgabe nicht erfüllen kann. Sie muss sich an den Gemeinderat wenden, der entweder selbst entscheidet oder den Entscheid an einzelne Ressortvorsteherinnen

### Bestimmungen neu

und Geschäftsprüfungskommission müssen die Referentinnen und Referenten der antragstellenden Behörden angehört werden.

<sup>3</sup> Im Übrigen richtet sich die Herausgabe von Unterlagen und Auskünften nach dem Gemeindegesetz.

### Bestimmungen bisher

Diese sind im Falle von ablehnenden Stellungnahmen oder Änderungsanträgen der Rechnungsprüfungskommission anzuhören.

<sup>2</sup> Mit den Anträgen sind der Rechnungsprüfungskommission die zugehörigen Akten einzureichen.

### Kommentar

bzw. Ressortvorsteher oder Verwaltungsangestellte delegieren kann.

Die RGPK ist im Verhältnis zu den Stimmberechtigten nur zur unselbständigen Antragstellung befugt. D.h. sie besitzt kein Initiativrecht und kann deshalb nicht von sich aus Geschäfte an die Gemeindeversammlung oder Urne bringen. Sie ist auch nicht befugt, von sich aus Anträge an die Behörden zurückzuweisen oder nach der Prüfung eines Geschäftes der antragstellenden Behörde verbindliche Weisungen zu erteilen, eine Vorlage oder die Akten dazu in bestimmter Weise zu ergänzen.

Abs. 3: Vgl. § 62 GG. Die RGPK verlangt die für ihre Prüfung erforderlichen Unterlagen und holt in Absprache mit dem Gemeinderat die für ihre Prüfung erforderlichen Auskünfte bei der Gemeinde- und Schulverwaltung ein.

### Art. 51 Prüfungsfristen

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission prüft die ihr vorgelegten Geschäfte in der Regel innert 30 Tagen.

### Art. 50 Fristen

<sup>1</sup> Die Rechnungsprüfungskommission behandelt die ihr unterbreiteten Geschäfte in der Regel innert 30 Tagen. Für die Behandlung von Voranschlag und Jahresrechnung gelten die Fristen der Verordnung über den Gemeindefahausschalt.

<sup>2</sup> Die Rechnungsprüfungskommission lässt ihren Bericht und Antrag spätestens 15 Tage vor der Gemeindeversammlung oder, bei Abstimmungen an der Urne, spätestens 40 Tage

Der RGPK muss genügend Zeit eingeräumt werden, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Gemeindegesetz und Gemeindeverordnung sehen keine zwingenden Vorgaben im Sinne von Fristen vor. Um Rechtssicherheit zu schaffen, ist in der GO zu regeln, welche Prüfungsfristen der RGPK zu gewähren sind. Die Verordnung über den Gemeindefahausschalt wurde auf den 1. Januar 2018 aufgehoben.

Abs. 2 bisher: Die Bestimmung ist nicht notwendig, weil es in der Verantwortung des Ge-

vor dem Abstimmungstag der antragstellenden Behörde und dem Präsidialamt zugehen.

meinderats liegt, die RGPK so rechtzeitig mit den Unterlagen zu versorgen, dass die Stellungnahme nach dem Ablauf der 30-tägigen Prüfungsfrist rechtzeitig für den Versand der Abstimmungsunterlagen beim Gemeinderat eintreffen.

### Art. 52 Finanztechnische Prüfstelle

<sup>1</sup> Die Prüfstelle nimmt die finanztechnische Prüfung der Rechnungslegung und der Buchführung vor.

<sup>2</sup> Sie erstattet dem Gemeinderat, der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission und dem Bezirksrat umfassend Bericht über die finanztechnische Prüfung.

<sup>3</sup> Sie erstellt zudem einen Kurzbericht, der Bestandteil der Jahresrechnung ist.

<sup>4</sup> Der Gemeinderat und die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission bestimmen mit übereinstimmenden Beschlüssen die Prüfstelle.

Die Aufgaben der Prüfstelle ergeben sich aus den §§ 142 ff. GG. Es war auch bisher eine Prüfstelle zu bezeichnen. Neu sollen die wichtigsten Aspekte davon in der GO geregelt werden.

Abs. 1: §§ 143, 142 Abs. 2 GG.

Abs. 2: § 147 Abs. 1 GG.

Abs. 3: § 147 Abs. 2 und 3 GG.

Abs. 4: § 149 GG. Das Gemeindegesetz sieht vor, dass der Gemeinderat und die RGPK gemeinsam den Revisionsdienstleister bestimmen (§ 149 Abs. 1 GG). Dies würde auch gelten, wenn die GO keine Regelung über die Einsetzung der Prüfstelle enthält.

### 3. Wahlbüro

#### 1. Abschnitt: Wahlbüro

Ein Wahlbüro besteht in jeder politischen Gemeinde. Wahlleitende Behörde ist der Gemeinderat (§ 12 lit. d. GPR).

#### Art. 53 Zusammensetzung

Das Wahlbüro besteht mit Einschluss der Gemeindepräsidentin bzw. des Gemeindepräsidenten als Vorsitzende bzw. Vorsitzender aus einer vom Gemeinderat zu bestimmenden Zahl von Mitgliedern.

#### Art. 51 Zusammensetzung und Wahl

<sup>1</sup> Das Wahlbüro besteht mit Einschluss der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten als Vorsitzende oder Vorsitzender aus einer vom Gemeinderat zu bestimmenden Zahl von Mitgliedern.

<sup>2</sup> Die Mitglieder werden vom Gemeinderat gewählt.

Die Anzahl Mitglieder des Wahlbüros soll wie bis anhin vom Gemeinderat festgelegt werden.

Dem Wahlbüro gehören mindestens fünf Mitglieder an. Die Präsidentin bzw. der Präsident des Gemeinderats steht dem Wahlbüro vor.

#### Art. 54 Aufgaben

Das Wahlbüro besorgt die ihm durch das Gesetz über die politischen Rechte zugewiesenen Aufgaben.

#### Art. 52 Aufgaben

Das Wahlbüro besorgt die ihm durch das Gesetz über die politischen Rechte zugewiesenen Aufgaben.

Dem Wahlbüro kommt die Aufgabe der Auswertung der Wahl- und Stimmzettel zu. Das Wahlbüro ist ausserdem für die Ermittlung des Wahl- und Abstimmungsergebnisses zuständig, sofern die wahlleitende Behörde ihm diese Aufgabe übertragen hat (§ 75 GPR). Zur elektronischen Datenverarbeitung bei Wahlen vgl. § 21 GPR.

#### 4. Friedensrichteramt

##### Art. 55 Friedensrichteramt

<sup>1</sup> Die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter besorgt die in der kantonalen Gesetzgebung festgelegten Aufgaben.

<sup>2</sup> Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis der Gemeindeangestellten.

<sup>3</sup> Das Amtsiokal wird vom Gemeinderat bestimmt.

#### 4. Abschnitt: Friedensrichterin oder Friedensrichter

##### Art. 56 Aufgaben und Wahl

<sup>1</sup> Die Friedensrichterin oder der Friedensrichter besorgt die in der kantonalen Gesetzgebung festgelegten Aufgaben.

<sup>2</sup> Die Wahl erfolgt an der Urne. Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den personalrechtlichen Bestimmungen der Gemeinde.

<sup>3</sup> Das Amtsiokal wird vom Gemeinderat bestimmt.

Abs. 2: Die Friedensrichterinnen und Friedensrichter werden auf eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt (§ 32 Abs. 1 GPR). Die Urnenwahl des Friedensrichters ist unter dem entsprechenden Artikel aufgeführt und muss hier nicht nochmals erwähnt werden.

##### Art. 55 Aufgaben und Ernennung

<sup>1</sup> Der Gemeindeammann ist zugleich Betriebsbeamtin bzw. Betriebsbeamter und besorgt die ihr bzw. ihm gemäss eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung übertragene Aufgaben.

<sup>2</sup> Die Ernennung erfolgt durch den Gemeinderat. Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den personalrechtlichen Bestimmungen der Gemeinde.

<sup>3</sup> Das Amtsiokal wird vom Gemeinderat bestimmt.

Gemäss Gemeindeamt ist dieser Artikel zu streichen, die Ernennung, das anwendbare Personalrecht etc. werden im Zusammenarbeitsvertrag geregelt.

## 2. Abschnitt: Pensionskasse

### Art. 53a Rechtsform

Die Pensionskasse der Gemeinde Horgen ist eine im Register für die berufliche Vorsorge eingetragene selbständige öffentlichrechtliche Anstalt mit Sitz in Horgen. Sie ist im Handelsregister des Kantons Zürich eingetragen.

Die Bestimmungen über die Pensionskasse können aus der Gemeindeordnung herausgelöst und diese so entschlackt werden. Zum einen behandeln die Bestimmungen zum Teil schon Vollzogenes, zum anderen kann die Pensionskasse bzw. der Anschluss an eine andere Pensionskasse auch in einem anderen Gemeindeerlass geregelt werden. Das Führen einer Pensionskasse für Angestellte ist keine öffentliche Aufgabe. Die meisten Gemeinden regeln den Anschluss an eine Pensionskasse in der Personalverordnung. Das übergeordnete Recht regelt weiter das Prozedere inkl. die Mitspracherechte der Angestellten für den Fall, dass das Personal bei einer neuen Pensionskasse versichert werden soll. Soll dereinst eine neue Lösung gesucht werden, muss dazu keine Revision der Gemeindeordnung durchgeführt werden.

### Art. 53b Zweckbestimmung

<sup>1</sup> Die Pensionskasse der Gemeinde Horgen bezweckt die berufliche Vorsorge im Rahmen des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) und seiner Ausführungsbestimmungen für die Angestellten der Gemeinde Horgen sowie für das Personal der mit schriftlicher Anschlussvereinbarung ange-

- schlossenen Institutionen, welche Aufgaben im allgemeinen Interesse erfüllen.
- <sup>2</sup> Sie versichert die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität.

**Art. 53c Pensionskassenkommission**

- <sup>1</sup> Oberstes Organ der Pensionskasse ist die Pensionskassenkommission.
- <sup>2</sup> Die Zahl der Mitglieder und die Einzelheiten der paritätischen Verwaltung sowie das Wahlverfahren der Arbeitnehmer- und der Arbeitgebervertretung werden in einem zusammen mit der Gemeindeordnung in Kraft zu setzenden Erlass der Gemeindeversammlung festgelegt.
- <sup>3</sup> Der Pensionskassenkommission kommen Rechtssetzungs- und Verfügungsbefugnisse zu. Sie erfüllt die Aufgaben, welche das BVG ihr überträgt.
- <sup>4</sup> Die Pensionskassenkommission vertritt die Pensionskasse nach aussen, bezeichnet die Personen, welche die Pensionskasse rechtsverbindlich vertreten und ordnet die Zeichnungsberechtigung.

**Art. 53d Finanzierung**

- <sup>1</sup> Die Anstalt tritt in die in der bisherigen, rechtlich unselbständigen Pensionskasse der Politischen Gemeinde Horgen bilanzierten Aktiven und Passiven ein und übernimmt deren vorsorgerechtlichen Rechte und Pflichten.

- 2 Die Finanzierung der Pensionskasse erfolgt durch Arbeitgeber- und Versichertenbeiträge, eingebrachte Freizügigkeitsleistungen, freiwillige Einlagen der Arbeitgeber oder Versicherten, durch allfällige Überschüsse aus Rückversicherungsverträgen und durch die Erträge des Anstaltsvermögens.
- 3 Die Grundsätze der Finanzierung der Pensionskasse legt die Gemeindeversammlung in einem separaten Erlass fest.

#### **Art. 53e Kontrolle**

Die Revisionsstelle und der Experte bzw. die Expertin für die berufliche Vorsorge erfüllen die ihnen vom BVG und vom kantonalen Recht übertragenen Aufgaben.

#### **Art. 53f Aufsicht und Rechtsschutz**

Die Aufsicht und der Rechtsschutz richten sich nach der kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung.

### **5. Kapitel: Gemeindegebühren**

#### **Art. 57 Gebühren**

- 1 Die von der Gemeinde erhobenen Gebühren bedürfen einer gesetzlichen Grundlage.
- 2 Die Gemeindeversammlung erlässt die Grundsätze der Gebührenerhebung. Diese regeln:

Die Gemeinde Horgen hat 2018 eine rechtsgenügende Gebührenverordnung mit den Grundlagen der Gebührenerhebung erlassen. Art. 57 bisher ist aufzuheben.



## Bestimmungen neu

## Bestimmungen bisher

## Kommentar

1. den Gegenstand der Gebühr
  2. die massgebenden Kriterien für die Festlegung der Höhe der Gebühr, soweit diese nicht bereits in übergeordnetem Recht festgelegt ist oder sich aus den allgemein gültigen gesetzlichen Grundsätzen ergibt (Äquivalenzprinzip, Kostendeckungsprinzip)
  3. den Kreis der Gebührenpflichtigen.
- <sup>3</sup> Gestützt auf die von der Gemeindeversammlung erlassenen Grundsätze erlassen Gemeinderat, Schulpflege und Sozialbehörde die einzelnen Gebührenreglemente.

## V. Übergangs- und Schlussbestimmungen

### 6. Kapitel: Übergangs- und Schlussbestimmungen

#### Art. 56 Inkrafttreten

Diese Gemeindeordnung tritt nach ihrer Annahme durch die Stimmberechtigten an der Urnenabstimmung und nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

#### Art. 59a Inkrafttreten

Der Gemeinderat bestimmt nach der Genehmigung des Regierungsrats den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen dieser Gemeindeordnung.

Die revidierte GO kann erst nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft treten (§ 4 Abs. 1 GG).

Gemäss GAZ, Frau Schärer, Mail vom 28.9.2020 in Ordnung.

#### Art. 57 Übergangsregelung

<sup>1</sup> Bis zum Ende der Amtsdauer 2018–2022 besteht die Schulpflege mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus neun Mitgliedern. Bei Austritten finden keine Ersatzwahlen statt, soweit damit der Bestand gemäss Art. 35 gewahrt wird.

#### Art. 59a Übergangsbestimmung

<sup>1</sup> Bis zum Ende der Amtsdauer 2010–2014 besteht die Schulpflege mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus elf Mitgliedern.

<sup>2</sup> Der für die Amtsdauer 2010–2014 gewählte Schulpräsident bzw. die gewählte Schulpräsi-

Diese (angepasste) Übergangsregelung ist erforderlich, weil die neue Gemeindeordnung gemäss Gemeindegesetz auf den 1. Januar 2022 in Kraft treten muss und die Schulpflege die Amtsdauer mit der jetzigen Mitgliederzahl zu Ende führen soll. Ebenso soll die RPK ihre Amtsdauer noch zu Ende führen.

Bestimmungen neu	Bestimmungen bisher	Kommentar
<p><sup>2</sup> Die Rechnungsprüfungskommission vollendet die Amtsdauer 2018–2022 in der Zusammensetzung und mit den Aufgaben gemäss Gemeindeordnung vom 8. Februar 2009.</p>	<p>dentin nimmt bis zum Ablauf der Amtsdauer 2010–2014 der Schulpflege Einsitz im Gemeinderat.</p>	<p>Gemäss GAZ, Frau Schärer, Mail vom 28.9.20 so in Ordnung.</p>
<p><b>Art. 58 Aufhebung früherer Erlasse</b> Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung wird die Gemeindeordnung vom 8. Februar 2009 mit den seithe- rigen Änderungen aufgehoben.</p>		<p>Bei einer Totalrevision wird die bisher gel- tende GO gesamthhaft durch die neue ersetzt. Die letzte Totalrevision erfolgte auf den 8. Februar 2009. Dieses Datum ist einzuset- zen. Gemäss GAZ, Frau Schärer, Mail vom 28.9.20 in Ordnung.</p>
<p>Die vorstehende Gemeindeordnung der Politi- schen Gemeinde Horgen wurde an der Urnen- abstimmung vom 7. März 2021 angenommen.</p>		<p>Die totalrevidierte GO ist von den Stimmb- erechtigten an der Urne zu beschliessen. Da- nach ist sie dem Regierungsrat zur Genehmi- gung einzureichen (Art. 89 Abs. 3 KV, § 4 Abs. 1 GG).</p>
<p>Namens der politischen Gemeinde Der Gemeindepräsident: Theo Leuthold</p>		
<p>Der Gemeindegeschreiber: Felix Oberhänsli</p>		
<p><b>Genehmigung des Regierungsrats</b></p>		
<p>Vom Regierungsrat des Kantons Zürich am ..... genehmigt.</p>		

**Publikation**

Die rechtskräftig beschlossene GO ist im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde (§ 7 Abs. 1 GG) und im Folgenden auch in der kommunalen systematischen Rechtssammlung (§ 7 Abs. 2 GG) zu veröffentlichen.

Der Gemeinderat ist verpflichtet, die Stimmberechtigten zu informieren, falls der Regierungsrat die GO nicht vorbehaltlos genehmigte oder einzelne Bestimmungen von der Genehmigung ausnahm (§ 7 Abs. 1 GG). Die regierungsrätlichen Genehmigungsbeschlüsse sind in der Regel auf der Internetseite des Regierungsrates öffentlich zugänglich und werden der betroffenen Gemeinde zugestellt.

